



PROTOKOLLAUSZUG

zum

GEMEINDERAT

am Mittwoch, 21.07.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jahresrechnung 2008

Vorl.Nr. 298/10

---

**Beratungsverlauf:**

OBM Spec verweist auf den vorliegenden Schlussbericht zur Jahresrechnung 2008, Vorl.Nr. 298/10 und Vorl.Nr. 292/10 und stellt fest, der Gemeinderat hat hiervon Kenntnis genommen.

Eine Aussprache erfolgt nicht.

TOP 1.1

Schlussbericht

Vorl.Nr. 292/10

---

**Beratungsverlauf:**

Der Bericht ist erfolgt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1, Vorl.Nr. 298/10.

**Beschluss:**

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2008 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO mit den im Bericht des Fachbereichs Finanzen vom 03.09.2009 (Vorl.Nr. 372/09) enthaltenen Beträgen endgültig wie folgt festgestellt:

**I. Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2008**

	Verwaltungs- haushalt EUR	Vermögens- haushalt EUR	Gesamt- haushalt EUR
1. Soll-Einnahmen	275.523.455,90	42.414.367,30	317.937.823,20
2. Neue Haushaltseinnahme- reste	0,00	0,00	0,00
3. Zwischensumme	275.523.455,90	42.414.367,30	317.937.823,20
4. ./.. Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
<b>5. Bereinigte Soll-Einnahmen</b>	<b>275.523.455,90</b>	<b>42.414.367,30</b>	<b>317.937.823,20</b>
6. Soll-Ausgaben	275.194.105,61	45.176.167,30	320.370.272,91
7. Neue Haushaltsausgabe- reste	1.405.500,00	4.993.800,00	6.399.300,00
8. Zwischensumme	276.599.605,61	50.169.967,30	326.769.572,91
9. ./.. Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	1.076.149,71	7.755.600,00	8.831.749,71
<b>10. Bereinigte Soll-Ausgaben</b>	<b>275.523.455,90</b>	<b>42.414.367,30</b>	<b>317.937.823,20</b>
11. Differenz Ziff. 10 ./.. Ziff. 5 (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00
Nachrichtlich:			
12. Zugänge/Abgänge an:			
12. Haushaltseinnahmeresten	0,00	0,00	0,00
12. Haushaltsausgaberesten	329.350,29	-2.761.800,00	-2.432.449,71
13. Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00	0,00	0,00
14. Fehlbetrag nach § 84 Abs. 2 GemO	0,00	0,00	0,00

**II. Vermögen der Stadt**a) Geldvermögen

Stand zu Beginn des RJ 2008 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand auf Ende des RJ 2008 EUR
156.167.158,91	9.684.892,14	11.180.466,65	154.671.584,40

---

**III. Schulden**

Stand zu Beginn des RJ 2008 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand auf Ende des RJ 2008 EUR
12.147.424,53	0,00	580.665,27	11.566.759,26

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
Stadtrat Lutz  
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
Stadträtin Schittenhelm  
Stadtrat Seybold (Urlaub)  
Stadtrat Weiss (Urlaub)

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 291/10 und stellt diese zur Abstimmung.

Eine Aussprache erfolgt nicht.

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist einleitend auf den vorliegenden Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2009, Vorl.Nr. 243/10, und stellt fest, der Gemeinderat hat von diesem Bericht Kenntnis genommen.

Eine Aussprache findet nicht statt.

---

**Beschluss:**

Aufgrund der §§ 79 und 82 der Gemeindeordnung wird folgende Nachtragshaushaltssatzung 2010 erlassen:

**§ 1****Haushaltsplan**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird durch den Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert: Es erhöhen bzw. vermindern sich

- |                                                                                                                                           |                                                                                         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| (1) die Einnahmen und Ausgaben<br>des Verwaltungshaushalts<br>des Vermögenshaushalts                                                      | je um +) 2.520.200 EUR auf 272.597.800 EUR<br>je um -) 3.625.300 EUR auf 41.126.050 EUR |
| (2) der Gesamtbetrag der vorgesehenen<br>Kreditaufnahmen für Investitionen<br>und Investitionsförderungsmaßnahmen<br>(Kreditermächtigung) | unverändert 0 EUR                                                                       |
| (3) der Gesamtbetrag der<br>Verpflichtungsermächtigungen                                                                                  | um +) 1.550.000 EUR auf 7.397.000 EUR                                                   |

**§ 2****Kassenkredite**

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 17.12.2009 bleibt unverändert.

**§ 3****Gemeindesteuern**

Die Fassung in der Haushaltssatzung vom 17.12.2009 bleibt unverändert.

**§ 4 - entfällt****Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (Urlaub)  
Stadtrat Weiss (Urlaub)

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 244/10 und den dazugehörigen Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010, Vorl.Nr. 245/10.

Anschließend geht Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) kurz auf den Nachtragshaushalt und die Vorberatung in den Gremien ein.

In der sich anschließenden Aussprache geht Stadtrat **Herrmann** zunächst kurz auf den Bericht zur Jahresrechnung 2008 sowie zum Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2009 ein. Danach geht er auf den vorliegenden Nachtragshaushalt ein. Er stellt fest, die CDU-Fraktion begrüße es, dass die Entwicklung in Neckarweihingen weitergehe, das Baugesuch werde im September vorgelegt. Weiter merkt er an, im Nachtragshaushalt ist eine Reduzierung beim Personal innerhalb der Stadtverwaltung vorgesehen. Die Einsparungen die man mit der Verabschiedung des Ur-Haushalts global beschlossen habe, wurden nun konkret umgesetzt. Zum Personal stellt er fest, dieses ist sehr gut motiviert und leiste viel. Man müde hier sehr viel zu, aber es sei im einen oder anderen Bereich möglich durch einen effizienteren Personaleinsatz Stellen zu reduzieren. Aber es sei auch der Abbau von Aufgaben notwendig, wenn Personal reduziert werde. Der Weg, den die Verwaltungsspitze hier eingeschlagen habe sei richtig.

Zu den Zuweisungen des Landes stellt er fest, diese stellen sich im Nachtragshaushalt anders dar als im Urhaushalt. Die CDU-Fraktion bitte darum, dass künftig bei der Aufstellung des Haushaltsplans in den Erläuterungen aufgeführt werden, wenn Zuschüsse erwartet werden aber noch nicht durch einen Bescheid sicher sind. Der Gemeinderat sollte wissen, ob die Zuschüsse fraglich sind oder nicht. Seine Fraktion bitte her zukünftig um mehr Klarheit bei der Haushaltsaufstellung.

Er geht weiter auf die Gesamtsituation ein. Dabei stellt er fest, die Gewerbesteuererinnahme für dieses Jahr werde unverändert mit 45 Mio. Euro angenommen. Aber man habe durch zahlreiche Einnahmen die nicht kommen, insgesamt eine Entnahme aus der Rücklage von 4,6 Mio. Euro mehr als im Urhaushalt vorgesehen. Man zehre als bisher gedacht von den Rücklagen. Dies zeige auch klar, dass für neue Aufgaben kein Spielraum vorhanden ist.

In diesem Zusammenhang äußert er für die CDU-Fraktion die Meinung, falls das Thema „Musische Bildung“ erneut ins Gremium komme, wolle man dass dieses Thema dann als Vorschlag über den Haushalt und nicht über Schattenhaushalte finanziert werde. Seine Fraktion wolle Nebenhaushalte/Schattenhaushalte möglichst gering halten oder ganz abschaffen und in diesem Bereich hier nichts Neues einführen. Abschließend erklärt er, die CDU-Fraktion stimme dem Nachtragshaushalt mehrheitlich zu.

Stadtrat **Dr. Bohn** geht kurz auf die Beratung des Nachtragshaushalts in den beschließenden Ausschüssen ein und weist darauf hin, dass seine Fraktion im Rahmen der Beratung insbesondere nach Neckarweihingen, nach dem MLF-Gelände, nach der Umsetzung der Sanierungsprogramme, sowie nach dem Personalhaushalt gefragt habe. Beim Personalhaushalt sei aufgefallen, dass überall gespart werde, teilweise kräftig und teilweise gebe es Umschichtungen. Es sei aber auch aufgefallen, dass im Bereich des Oberbürgermeisters zumindest an zwei Stellen aufgerüstet werde. Dies könne der Nachvollzug sein, aber es werde nun haushaltsmäßig festgestellt. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Anfrage der SPD-Fraktion in Bezug auf den Personalbereich Oberbürgermeister die im Rahmen der Haushaltseinbringung 2010 gestellt wurde und noch nicht beantwortet wurde.

Er bekräftigt die Aussagen seines Vorredners und weist darauf hin, dass auch die SPD-Fraktion sich gegen die zunehmend erscheinende Praxis Nebenhaushalte zu machen wende.

Zum Ende seiner Wortmeldung erklärt er, die SPD-Fraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Stadtrat **Glasbrenner** verweist auf Aussagen im Rahmen der Vorberatung des Nachtragshaushalts in den gemeinderätlichen Gremien. Allgemein führt er zum Nachtragshaushalt aus, dieser musste

---

aufgestellt werden, da sich erhebliche Veränderungen, erhebliche Verschlechterungen ergeben haben. Er geht kurz auf die Gründe, insbesondere den Ausfall von Landeszuschüssen und den Wegfall von Grundstückserlösen, ein. Zum Wegfall von Grundstückserlösen merkt er an, dies sei eigentlich aus Sicht der FW-Fraktion zu begrüßen, soweit es sich um Wohnungsbau-Bauplätze handle. Denn nicht alle Ressourcen sollten in ein oder zwei Jahren aufgebraucht werden. Weniger gefalle dies wenn es sich um Gewerbebauplätze handelt, wie z.B. um das Baugelände für Atege. Weiter stellt er fest, sowohl der Nachtragshaushalt 1 als auch der Nachtragshaushalt 2 seien ein Synonym dafür, dass man zwar verstärkt vom sparen redet, dies aber tatsächlich noch nicht in allen Köpfen angekommen ist. Für die FW-Fraktion kündigt er an, dass seine Fraktion für die Jahre 2011 und fortfolgende keine mehrfachen Steuer- und Gebührenerhöhungen mittragen werde, da man nach wie fordere, dass die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden und nicht umgekehrt. Man verkenne nicht, dass die Stadtverwaltung erhebliche Konsolidierungsbemühungen angestellt hat. Diese sind jedoch zwangsläufig weiter zu verstärken. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf das Thema Verschuldung ein und weist dabei insbesondere darauf hin, dass man sich daran gewöhnen müsse, dass das was man habe reichen müsse.

Weiter bittet er darum, wenn zukünftig Landeszuschüsse zur Finanzierung dienen, dass man dann eine klare Erklärung bekomme, ob diese Zuschüsse sicher sind. Wenn sie nicht sicher sind, dann dürfen sie in die Finanzierung nicht mit eingeschlossen werden. Man sei auch nicht damit einverstanden, dass außerordentliche Zinserträge des Ludwigsburg Fonds irgendeinem Fonds oder ähnlichem zufließen. Diese Gelder müssen dem Haushalt zufließen. Soll daraus etwas finanziert werden, dann solle dies über den Haushalt geschehen und nicht über einen Schattenfonds. Dies sollte im Übrigen nur zu Anschubfinanzierungen dienen und keinesfalls für Dauerfinanzierungen. Er fährt fort, man werde auch nicht zustimmen, wie im Plan enthalten, dass das Jägerhofpalais an die Wohnungsbau verkauft werde. Bereits mehrfach habe man erwähnt und sei nicht der Meinung, dass die Wohnungsbau weiterhin zur „Bad Bank“ gerät. Dass sie immer mehr aufnimmt um der Stadt liquide Mittel zu beschaffen. Insbesondere sei man auch deshalb nicht dafür, weil bei der Wohnungsbau im Moment wahrscheinlich weit mehr als tausend Quadratmeter, wenn nicht gar tausende Quadratmeter an Büroräumen leerstehen. Insofern werde man dem Bau von Büroräumen beim Scala auch nicht zustimmen.

Er stellt weiter fest, an diesen Themen werde man weiterarbeiten, auch wenn man heute generell dem Nachtragshaushaltsplan mehrheitlich zustimme.

In ihren Ausführungen geht Stadträtin **Klett-Heuchert** zunächst auf den Schlussbericht der Revision zur Jahresrechnung 2008 ein. Zum Nachtragshaushalt stellt sie fest, dieser zeige, dass die Einsparungen durch Konsolidierungsmaßnahmen durch neuen Mittelabfluss nahezu wieder aufgebraucht wurden, aus verschiedensten Gründen. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind dabei verschiedene Themen wichtig. Sie führt dazu aus, der Ausbau der Kinderbetreuung sei eine Pflichtaufgabe und müsse vorangetrieben werden. Begonnene Projekte sind aus Gründen der Verlässlichkeit weiter zu verfolgen. Man akzeptiere eine 10%ige Reduktion von Ausgaben, wobei im Einzelfall jeweils der Fortbestand geprüft werden müsse. Es schmerze, dass die Grünflächen bei der Grünen Nachbarschaft und bei der Biotoppflege immer geringer werden, der Reinigungsstandard für öffentliche Plätze und besonders der Kinderspielplätze immer mehr nachlasse. Gar nicht könne man die Erhöhung durch die Arena hinnehmen. Man stelle jedoch fest, dass sowohl die Sportplatzsanierung als auch die Strombergstraße auf Null gefahren wurden. Dies entspreche einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt.

Sie weist auch darauf hin, dass es innerhalb ihrer Fraktion auch Stimmen gebe, denen die Sparbemühungen nicht weit genug gehen, da sie die Schwerpunktsetzung als falsch erachten und der Haushaltsplan nicht als generationengerecht bezeichnet werden könne. Dennoch stimme die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Nachtragshaushaltsplan bei einzelnen Enthaltungen zu.

Stadtrat **Dr. Heer** führt aus, die Stadt lebe weiterhin über ihre Verhältnisse. D.h. sie gebe mehr aus als sie einnimmt. Daran lasse sich in den nächsten zwei/drei Jahren etwas ändern. Das Ziel müsse sein, dass man in zwei oder drei Jahren dahin komme, dass man innerhalb unserer Ver-

---

hältnisse lebe. Bis dahin werde man nicht davon Abstand nehmen können, dass die Rücklagen abschmelzen und dass man auch weiterhin Grundstücksverkäufe tätigen müsse. Wenn das Ziel eines strukturellen Ausgleichs in zwei/drei Jahren erreicht wäre, dann wäre dies ein großer Erfolg. Diese Zielsetzung werde mit dem gegenwärtigen Nachtragshaushalt weiterhin verfolgt. Die Stadtverwaltung habe in Aussicht gestellt, dass sie eher 35 Mio. Euro als 30 Mio. Euro Konsolidierung möchte. Es sei dabei noch offen, wie dies vor sich gehen solle. Nach Ansicht der FDP-Fraktion sollen dabei Steuererhöhungen keine Rolle spielen. Die FDP-Fraktion sei eher für eine Verschärfung des Konsolidierungskurses, könne sich aber mit den 35 Mio. Euro als Ziel einverstanden erklären und wolle auch dazu beitragen.

Zum Thema Landeszuschüsse merkt er an, es wäre sinnvoll, wenn deklariert werde wie sicher diese sind und es sei auch sinnvoll sich darauf einzustellen, dass die Zuschüsse weniger gut „sprudeln“ werden als bisher. Weiter geht er auf das Thema musische Bildung und die Verwendung von außerordentlichen Zinserträgen ein. Die Meinung der FDP-Fraktion sei, dies in die Bürgerstiftung einzubringen, mit den strengen Vorschriften, die es dort für die Geldanlage gebe, mit der automatischen rechtlichen Deckelung die damit verbunden sei. Dies wäre eine Kombination von Konsolidierungswillen und dem Wunsch die musische Bildung nachhaltig und ohne weitere Erhöhung zu fördern.

Zum Jägerhofpalais erklärt er, hier habe er persönlich in der WBL auch dagegen gestimmt. Er stellt klar, dass die Töchter der Stadt keine Reservekassen für den allgemeinen Haushalt der Stadt sein können. Er fährt fort, dass es beim Thema Kinderbetreuung gesetzliche Vorgaben gebe dies zu erfüllen. Dabei müsse auch klar sein, dass angesichts dieser gesetzlichen Vorgabe auch die Frage der Elternbeiträge erneut gestellt werden müsse. Dies könne nur daraus hinauslaufen, dass sich die Eltern beteiligen müssen.

Zum Scala äußert er seine persönliche Meinung und führt aus, das Vorhandensein eines Konkurrenten sie zu begrüßen.

Abschließend erklärt er für die FDP-Fraktion, seine Fraktion stimme unter der Voraussetzung der Konsolidierungsabsicht der Stadtverwaltung zu.

Für die Fraktion LUBU/Die Linke erklärt Stadtrat **Hillenbrand**, dass man dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen werde. Er merkt an, den Schuldenaufbau so gering wie möglich zu halten sei ehrenwert und von der Tendenz auch richtig. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, dass Schulden für Einrichtungen die in die Zukunft orientiert sind, wie Schulen, Kindergärten usw., seien Schulden, die per se nicht schlecht seien. Denn diese Investitionen müssen die nachfolgenden Generationen nicht leisten. Dies seien zwar Schulden, man könne es jedoch auch als Darlehen an die Zukunft interpretieren.

Weiter merkt er an, um das Ziel des geringen Schuldenaufbaus auf das notwendigste zu begrenzen, werde nach Ansicht seiner Fraktion von der Verwaltung der Verkauf von Wohnbauflächen und Immobilien favorisiert. Man sei der Meinung, dass dies nicht der richtige Weg ist. Im Einzelfall könne dies zwar zutreffen, aber man halte es für richtig nicht darauf zu bauen. Denn es gebe andere Möglichkeiten der Einnahmeverbesserungen, um die Schulden so gering wie möglich zu halten.

Stadtrat **Lettrari** erklärt seine Zustimmung zum Nachtragshaushaltsplan. Besonders freue er sich, dass Maßnahmen wie Amokprävention an Schulen und Erhöhung von Brandschutzmaßnahmen an Kindertagesstätten finanziert werden. Ansonsten schließe er sich den Aussagen der Stadträte Herrmann und Glasbrenner an.

Herr **Kiedaisch** geht auf die gestellten Fragen ein. Er weist darauf hin, dass er den Begriff „Schattenhaushalt“ im Zusammenhang mit dem Fonds für übertrieben halte. Man habe für den Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ Regelungen getroffen. Der Gemeinderat entscheide hier regelmäßig im BSS über die Verwendung dieser Mittel die in der Rücklage separat zweckgebunden dargestellt sind. Aber man könne sich darüber unterhalten, wie auch in der Vorlage enthalten, ob die Finanzierung direkt aus dem Haushalt oder über den Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ erfolgen solle.

Weiter weist er darauf hin, dass man im Nachtragshaushalt aus der Rücklage nicht 4,6 Mio. Euro mehr, sondern rund 160.000,-- Euro. Im Ergebnis entnehme man der Rücklage 6,1 Mio. Euro. Dies entspreche bis auf 160.000,-- Euro in etwa der bisherigen Rücklagenentnahme. Weiter geht er auf die Aussage von Stadtrat Dr. Bohn zum Thema Personal im Bereich des Büro OBM ein. Er führt aus, dies sei lediglich eine Umschichtung von Stellen aus dem Fachbereich Film, Medien, Tourismus im Umfeld der Pressestelle und der Zuordnung der Geschäftsstelle Gemeinderat die bisher dem Fachbereich Organisation und Personal zugeordnet war. Insoweit haben sich die Personalkosten erhöht, jedoch nicht durch tatsächlichen Aufbau, sondern lediglich durch eine Umschichtung bzw. durch eine andere organisatorische Zuordnung. Er sagt zu, den Hinweis aus dem Gremium zu den Zuweisungen und Zuschüssen werde man berücksichtigen. Man werde versuchen im Haushalt 2011 vor allem im Bereich der Sanierungsfördermittel zusätzliche Erläuterungen zu geben. Abschließend weist er auf zusätzliche Maßnahmen insbesondere im Kinder- und Jugendbereich hin, die zusätzlich im Nachtragshaushalt enthalten sind.

OBM **Spec** geht zum Schluss der Beratung allgemein auf den Nachtragshaushalt und insbesondere auf das Thema Grunderwerb sowie den Abbau von Schulden ein. Er erklärt, dass man den Haushaltskonsolidierungskurs unbeirrt fortsetze. Sodann lässt er über die Beschlussempfehlungen der vorberatenden Ausschüsse auf der Grundlage der Vorl.Nr. 244/10 abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3, Vorl.Nr. 244/10.

---

TOP 4.1	Grundschulareal an der Schulgasse -Generalsanierung Uhlandschule und Anton-Bruckner-Schule, Abriss und Neubau Verbindungsbau 1. Baubeschluss, 2. Vergabebeschlüsse 1. Ausschreibungspaket, 3. Finanzierung	Vorl.Nr. 219/10
---------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

**Beschluss:****1. Baubeschluss**

Der Generalsanierung der Uhlandschule und Anton-Bruckner-Schule sowie dem Abriss und Neubau des Verbindungsbaus wird auf der Grundlage des am 25.11.2009 im Gemeinderat beschlossenen Raumprogramms sowie der Gesamtkosten gemäß Vorlage 076/10 (INKAS) in Höhe von 6,25 Mio. EUR inkl. 19 % MwSt. zugestimmt.

**2. Vergabebeschlüsse 1. Ausschreibungspaket**

Folgenden Vergaben von Bauarbeiten für den Abriss und Neubau des Verbindungsbaus der Uhlandschule und Anton-Bruckner-Schule wird zugestimmt (in den Vergabesummen sind ca. 5 % für Unvorhergesehenes enthalten).

	Gewerk	Firma	Vergabesumme inkl. 19 % MwSt.
2.1	Rohbauarbeiten	Wildermuth GmbH & Co KG Carl-Benz-Str. 46 74321 Bietigheim - Bissingen	790.000 EUR
2.2	Zimmerarbeiten	Andreas Schmid Gartenstr. 62 74394 Hessigheim	120.000 EUR
2.3	Fensterbau/Sonnenschutz	Strobel GmbH Schützenstr. 11 71634 Ludwigsburg	570.000 EUR
2.4	Brandschutzelemente	Metallbau Leue & Niebuhr GmbH An der breiten Gehre 31 39638 Gardelegen	120.000 EUR
2.5	Heizung	Schmid Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH Marbacher Weg 76 74321 Bietigheim-Bissingen	260.000 EUR
2.6	Sanitär- und Gasinstallation	S. Zimmermann GmbH Roßbachstr. 38 70499 Stuttgart	220.000 EUR
2.7	Stark- und Schwachstrom	Schlagenhauf GmbH Ludwig-Lutz-Str. 8 73479 Ellwangen	580.000 EUR

---

Die Gewerke Gerüstbau, Dachdeckerarbeiten, Dachabdichtungsarbeiten, Flaschnerarbeiten, Putz- und Stuckarbeiten und Blitzschutz werden in der Zuständigkeit der Verwaltung vergeben.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch ausstehenden Vergaben (Ausschreibungspaket 2) in der Zuständigkeit des Ausschusses Bauen, Technik, Umwelt zu beschließen.

→ Siehe Kostenübersicht – Anlage 1 – noch ausstehende Gewerke.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend:      Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
                            Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
                            Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
                            Stadtrat Seybold (Urlaub)  
                            Stadtrat Weiss (Urlaub)

                            Stadtrat Noz (befangen)  
                            Stadtrat Striegel (befangen)

### Beratungsverlauf:

Die Stadträte Noz und Striegel sind gem. § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg befangen. Sie nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

OBM **Spec** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 219/10, die anschließend von Herrn **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert wird.

In der anschließenden Aussprache geht Stadtrat **Kromer** auf die beiden vorliegenden Vorlagen zur Umsetzung der Schulentwicklungsplanung, Vorl.Nr. 219/10 und Vorl.Nr. 249/10, ein. Für die CDU-Fraktion hebt er hervor, mit den 12 Mio. Euro für die beiden Baumaßnahmen setze die Stadt Ludwigsburg ein weiteres sichtbares Zeichen bei der zügigen Umsetzung des Schulentwicklungsplans. Sie unterstreiche damit auch den hohen Stellenwert von Bildung, Erziehung und Betreuung. Im Namen seiner Fraktion dankt er der Verwaltung für ihre Arbeit. Weiter spricht er die gestiegenen Kosten an. Diese resultieren neben anziehenden Baupreisen, auch aus den Beträgen für Aufzüge, Brandschutz, Amokprävention und aus Räumen die besonders für die Schulen mit erschweren sozialen und pädagogischen Bedingungen notwendig sind. Mit dem heutigen Beschluss im Gemeinderat gehe man als Schulträger einen weiteren Schritt auf dem Weg zum Ziel, äußere Rahmenbedingungen für eine optimale, zeitgemäße, zukunftsfähige Schullandschaft zu schaffen. Er dankt für die CDU-Fraktion den Schulen für ihr bisheriges engagiertes Mitwirken.

Weiter führt er aus, die CDU-Fraktion werde diesen Weg der Schulentwicklung nicht nur von Fern begleiten. Man wolle zu gegebener Zeit je einen Vor-Ort-Termin, eventuell vor einer BSS-Sitzung. Ebenso wolle man regelmäßig Informationen, ob besser dass der Zeitplan der Umzugsmaßnahmen wie im Organigramm dargestellt eingehalten werde.

---

Stadtrat **von Stackelberg** führt insbesondere aus, der Schulentwicklungsplan befinde sich in der Umsetzungsphase. Man erschrecke jedoch immer wieder über die hohen Kosten. Trotz allem sehe man es als Aufgabe an, das Grundschulareal und die Sanierung Alleenstraße voranzubringen und keine unnötigen Verzögerungen eintreten zu lassen. Die SPD-Fraktion stimme deshalb den Vergabebeschlüssen und den beiden Vorlagen zu. Er bittet für seine Fraktion um eine konsequente und zügige Umsetzung der Bauvorhaben. Gleichzeitig bittet und weist er insbesondere die beiden beteiligten Schulen im Grundschulareal darauf hin, entsprechend mitzuarbeiten. Man könne es sich nicht erlauben, aufgrund noch fehlender pädagogischer Konzepte die Baumaßnahmen zu verzögern, die dann Auswirkungen auf die weiteren Maßnahmen dann haben werden. Weiter geht er auf die Gründe für die höheren Kosten ein.

Im Rahmen der Aussprache stellt Stadträtin **Moersch** fest, mit dem Schulentwicklungsplan habe sich die Stadt Ludwigsburg weit über ihre Grenzen hinweg einen Namen gemacht. Sie geht kurz auf den Schulentwicklungsplan und dessen Inhalt ein. Für die FW-Fraktion erklärt sie, ihre Fraktion stehe zum Schulentwicklungsplan. Auch in schwierigen finanziellen Zeiten und auch obwohl sich die Kosten erhöht haben, trage man die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen mit. Sie geht auf die beiden Baumaßnahmen und auf die Raumprogramme, insbesondere auf das Raumprogramm der Justinus-Kerner-Schule ein. Weiter stellt sie zum Grundschulareal fest, man sehe auch die beiden Schulen in der Pflicht ein pädagogisches Schnittstellen-Konzept zu erstellen. Die Bereiche, in denen die Schulen zusammenarbeiten müssen, müssen präzise aufeinander abgestimmt werden. Ansonsten mache es für ihre Fraktion keinen Sinn hier zwei Schulen zu behalten. Man stehe hinter der Planung und werde diese auch nicht in Zweifel ziehen. Aber man sei der Meinung, dass hier sehr konkret und präzise miteinander gearbeitet werden müsse, auch vor dem Hintergrund, dass man im Nachtragshaushalt 15.000,- Euro an zusätzlichen Kosten für fachwissenschaftliche Begleitung eingestellt habe. Man hoffe, dass die beiden Grundschulen langsam aus der Findungsphase herauskommen und im Herbst ein solides, gemeinsames, pädagogisches Schnittstellen-Konzept vorstellen werden. Den beiden Vorlagen stimme die FW-Fraktion zu.

Stadträtin **Steinwand** dankt für die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und sie äußert die Enttäuschung ihrer Fraktion darüber, dass es von Seiten der Schulen wenig Innovatives gebe und sogar behindert werde. Man habe hier mehr erwartet. Zur Justinus-Kerner-Schule die in die Pestalozzischule umzieht merkt sie an, hier werde man darauf achten, dass diese Schule an den Schulcampus sehr gut angebunden wird.

Stadtrat **J. Heer** stellt fest, heute gehe es um den Baubeschluss und die Vergabe der entsprechenden Gewerke. Die Stadt sei weiter als die pädagogisch verantwortlich Handelnden vor Ort, diese müssen nachsitzen. Im Hinblick auf die Koordination, die Kooperation und auch die pädagogische Abstimmung untereinander bestehe dort Handlungsbedarf. Die Stadt lasse sich dies zwangsläufig auch noch etwas kosten, aber man hoffe, dass dabei dann insbesondere am Grundschulcampus ein gutes Konzept entstehe. Weiter merkt er an, die Stadt setze mit diesen Baubeschlüssen an zwei Stellen den Schulentwicklungsplan um. Für beide Standorte sie dies ein gutes Ergebnis. Die FDP-Fraktion stimme den beiden Vorlagen uneingeschränkt zu.

Stadträtin **Burkhardt** geht in ihren Ausführungen auf die zu beschließenden Vergaben für das Grundschulareal und die Pestalozzischule ein. Sie weist daraufhin, dass die Kostenerhöhung von Dezember 2009 bis Juli 2010 400.000,- Euro betragen. Wertneutral stellt sie fest, dass statt 5,8 Mio. Euro Gesamtkosten, Stand Juli 2010 6,25 Mio. Euro in die Sanierung der zwei Gebäude an der Schulgasse fließen werden. Darin enthalten seien der Abriss und der Neubau des Zwischenbaus. Der Abriss des Pavillons Gartenstraße 14 sei nicht enthalten. Sie bittet hier die Verwaltung

TOP 4.1	<b>Grundschulareal an der Schulgasse -Generalsanierung Uhlandschule und Anton-Bruckner-Schule, Abriss und Neubau Verbindungsbau</b> <b>1. Baubeschluss, 2. Vergabebeschlüsse 1. Ausschreibungspaket, 3. Finanzierung</b>	Vorl.Nr. 219/10
---------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

um Aussagen zur Finanzierung. Zum pädagogischen Konzept merkt sie an, hierzu finden Gespräche zwischen beiden Schulen statt. Es werden zwei Schulen bleiben und deshalb werde es auch zwei Konzepte mit Berührungspunkten geben. Sie geht kurz auf das Thema Konzept ein und spricht beispielhaft ein noch ungeklärtes Thema, gemeinsamer oder getrennter Schulbeginn, an. Weiter weist sie darauf hin, dass die Außenanlagen in den Kosten noch nicht enthalten sind und die Förderanträge dem Regierungspräsidium seit Juli 2009 vorliegen. Außerdem weist sie auf die noch ungeklärte Frage des Ankaufs von Erweiterungsflächen an der Gartenstraße hin. Zur Sanierung der Pestalozzischule für die Justinus-Kerner-Schule führt sie aus, diese Sanierungskosten sind von Dezember 2009 bis heute um 700.000,-- Euro gestiegen. Für die Haushaltsplanung spiele es dabei keine Rolle, dass dabei auch neue Leistungen enthalten sind. Dies sind erhöhte Mittel, die bei anderen Maßnahmen fehlen. Wenn die Sanierung weiterer Schulen nicht ins stocken geraten solle, müsse man der Vorlage zustimmen. Man gehe davon aus, dass die Lehrer und Eltern mit den Plänen einverstanden sind. Der Zuschussantrag sollte nun sehr rasch gestellt werden. Abschließend weist sie darauf hin, dass die Schulen den Gemeinderat im Herbst zu einer Besichtigung einladen werden.

Stadtrat **Dr. Vierling** weist darauf hin, dass in der Anton-Bruckner-Schule bzgl. der Entwicklung eines Konzeptes sehr viel getan werde.

Herr **Weißer** beantwortet im Rahmen der Beratung aufgekommene Fragen. Insbesondere weist er zum Gebäude und zur Maßnahme Gartenstraße 14 darauf hin, dass dies im Haushalt in einer separaten Finanzposition aufgeführt werde und er erklärt, dass die angesprochenen Förderanträge mittlerweile gestellt wurden.

Daraufhin lässt OBM **Spec** über die Vorl.Nr. 219/10 abstimmen.

TOP 4.2	<b>Sanierung Gebäude Alleenstraße 17/21 (Pestalozzischule)</b> <b>1. Raumprogramm</b> <b>2. Grundsatzbeschluss</b> <b>3. Vergabe von Planungsleistungen</b>	Vorl.Nr. 249/10
---------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

### Beschluss:

#### **1. Raumprogramm**

Dem Raumprogramm für die Sanierung der Gebäude Alleenstraße 17 und 21, ehemals Pestalozzischule, wird gemäß den Anlagen 1 - 5 auf der Grundlage der Raumkonzeption des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft zugestimmt.

#### **2. Grundsatzbeschluss**

Der Sanierung des Alt- und Neubaus der Gebäude Alleenstrasse 17 und 21, zukünftig Justinus-Kerner-Schule mit Gesamtkosten in Höhe von 5.000.000,-- EUR inklusive 19 % MwSt. (Baukosten KG 200 - 700 brutto) wird zugestimmt.

1. Raumprogramm
  2. Grundsatzbeschluss
  3. Vergabe von Planungsleistungen
- 

### **3. Vergabe von Planungsleistungen**

#### 3.1 Architekturplanung

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphase 6 - 8 sowie der Dokumentation in LPH 9 an das Büro Architektur 109, Hohnerstraße 23, 70469 Stuttgart auf Grundlage des Angebotes vom 17.06.2010 mit einem vorläufigem Gesamthonorar von 225.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

#### 3.2 Planung Heizung/Lüftung/Sanitär

Der Vergabe der Planungsleistungen für Leistungsphase 2 - 8 an das Ingenieurbüro IGP GmbH, Karlsruher Straße 34, 75179 Pforzheim auf der Grundlage des Angebotes vom 18.06.2010 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von 95.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

#### 3.3 Elektroplanung

Der Vergabe der Planungsleistungen für Leistungsphase 2 - 8 an das Ingenieurbüro IGP GmbH, Karlsruher Straße 34, 75179 Pforzheim auf der Grundlage des Angebotes vom 18.06.2010 mit einem vorläufigen Gesamthonorar von 107.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend:      Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
                            Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
                            Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
                            Stadtrat Seybold (Urlaub)  
                            Stadtrat Weiss (Urlaub)

### **Beratungsverlauf:**

OBM Spec verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 249/10 und stellt diese zur Abstimmung.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.1, Vorl.Nr. 219/10.

TOP 5

Ludwigsburg-Fonds  
- Verwendung der außerordentlichen Zinserträge

Vorl.Nr. 297/10

---

**Beratungsverlauf:**

Der Tagesordnungspunkt 5, Vorl.Nr. 297/10, wird vor Eintritt in die Tagesordnung von dieser abgesetzt.

TOP 6

Musisch-kulturelle Bildungsangebote in Kindergärten und Grundschulen

Vorl.Nr. 301/10

---

**Beratungsverlauf:**

Der Tagesordnungspunkt 6, Vorl.Nr. 301/10, und der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl.Nr. 343/10, werden vor Eintritt in die Tagesordnung von dieser abgesetzt.

TOP 6.1

- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.07.2010

Vorl.Nr. 343/10

---

**Beratungsverlauf:**

Der Tagesordnungspunkt 6, Vorl.Nr. 301/10, und der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl.Nr. 343/10, werden vor Eintritt in die Tagesordnung von dieser abgesetzt.

---

**Abweichender Beschluss:**

1. Die Stadt übernimmt am 31.07.2010 alle Anteile an der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG und der Komplementärgesellschaft Arena Ludwigsburg Verwaltung GmbH. Die Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG übernimmt die Anteile an der Arena Ludwigsburg Betriebsgesellschaft mbH. Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechende Kauf-, Abtretungs- und Gesellschaftsverträge auszuarbeiten und abzuschließen.
2. Zum Geschäftsführer der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG und der Arena Ludwigsburg Verwaltung GmbH wird ab 01.08.2010 Herr Erster Bürgermeister Konrad Seigfried bestellt. Zu Geschäftsführern der Arena Ludwigsburg Betriebsgesellschaft mbH werden ab dem 01.08.2010 Frau Petra Roser und Herr Uwe Greipel-Dominik bestellt.
3. Bei der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG wird ein Beirat eingerichtet, der aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem, 2 Vertretern der Stadtverwaltung und 6 aus dem Gemeinderat entsandten Mitgliedern besteht. Als Vertreter der Stadtverwaltung werden Herr Ulrich Kiedaisch und Frau Wiebke Richert entsendet.
4. Abweichend von § 9a der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg ist der WKV auch für die Festsetzung und Änderung des Wirtschaftsplans sowie des Finanzplans gegenüber den Vertretern der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Arena KG und der Arena Betriebs GmbH weisungsbefugt.
5. Die Prüfung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG, der Arena Ludwigsburg Verwaltung GmbH und der Arena Ludwigsburg Betriebsgesellschaft mbH erfolgt durch den Fachbereich Revision der Stadt Ludwigsburg.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens Jahresende für den Betrieb der Arena ein endgültiges Betriebskonzept zu entwickeln und alternativ Verhandlungen mit privaten Betreibern bzw. privaten Partnern zur Beteiligung an der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG bzw. der Arena Betriebs GmbH zu führen.
7. Der Betrieb der Arena wird vorläufig von den Abteilungen Marketing/Vertrieb und Technik des Forum am Schlosspark übernommen. Zwischen der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG bzw. der Arena Betriebs GmbH und der Stadt wird ein entsprechender Dienstleistungsvertrag geschlossen. Der Vertrag mit der SEM wird nicht fortgesetzt.
8. Der Aufgabenbereich des technischen Gebäudemanagement wird vom Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement wahrgenommen. Der bisher bestehende Vertrag mit Müller-Altvatter wird vorläufig zu auf Wartungs- und Hausmeisterarbeiten reduzierten Konditionen fortgesetzt.
9. Die Verwaltung wird ermächtigt, den bestehenden Projektvertrag an die neue Struktur anzupassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 24 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehr-

---

Protokollauszug Gemeinderat 21.07.2010

---

heitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (Urlaub)  
Stadtrat Weiss (Urlaub)

### Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 330/10.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) geht anhand einer kurzen Beamer-Präsentation auf die wesentlichen Gründe die zu dem in der Vorl.Nr. 330/10 vorliegenden Vorschlag geführt haben.

Die Beamer-Präsentation liegt als Anlage 1 diesem Protokoll bei und ist Bestandteil der Niederschrift.

Herr **Kiedaisch** führt aus, seit Anfang des Jahres verfolge man die Entwicklung der Betreibergesellschaft, auch als Gesellschafter. Man habe sich damals durch Beschluss des Gemeinderats bewusst dazu entschieden, dass sich die Stadt mit 10 % an der Gesellschaft beteiligt, um Informationen zum Betrieb zu bekommen. Seit Anfang März habe man dann Hinweise bekommen, dass der Betrieb nicht so funktioniere wie ursprünglich geplant. Auch durch eine aktualisierte Businessplanung habe man Einblick in die Entwicklungen bekommen und versucht gemeinsam mit den Partnern zu reagieren und Wege zu finden, wie man die Betreibergesellschaft aus der absehbaren wirtschaftlichen Schieflage wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Letztendlich sei der heutige Vorschlag das Ergebnis der Gespräche.

Zum Hintergrund erläutert er, Vertragspartner der Stadt war die Arena GmbH und Co Objekt Ludwigsburg KG. Die Partner die man damals in dem PPP-Projekt hatte, waren ein Konsortium aus Planungsfirma, Baufirma, aus Investoren und auch Betreiber, die sich in dieser Arena GmbH und Co KG zusammengeschlossen haben, da man ganz bewusst darauf Wert gelegt habe, dass man nur einen Vertragspartner habe mit dem alle Punkte die die Planung, den Bau, den Betrieb der Arena betreffen in einem Vertragswerk geregelt werden konnte. An dieser Arena KG war die LHI, eine 50%ige Tochter der LBBW und der Nord LB beteiligt, die BAM als späterer Bauherr und die HBM Stadion- und Sportstättenbau GmbH, die Planungsfirma die gebaut hat. Im Vorfeld war bereits die SEM, die Sport- und Eventmarketing GmbH, integriert. Diese wurde bereits in der Planungsphase mit einbezogen, damit auch in der Planung und im Bau die Halle so konzipiert und gebaut wird, dass sich im Betrieb optimal funktioniert. Die KG war der Stadt gegenüber auch zum Betrieb verpflichtet, hat jedoch im Oktober 2008 die Betreibergesellschaft gegründet an der sich auch die Stadt Ludwigsburg mit 10% beteiligt hatte. Weitere Gesellschafter seien mit 80% die MüllerAltvatter Gebäudemanagement GmbH, eine 100%ige Tochter der BAM, die auch für die Arena das technische Gebäudemanagement übernommen habe, und mit 10% die SEM Sport- und Event-Marketing GmbH die für den Vertrieb, die Akquisition von Veranstaltungen und für die Umsetzung der Veranstaltungen verantwortlich war.

Er fährt fort, in der Vorlage schlage man vor, alle 3 Gesellschaften, die Betreibergesellschaft, die KG, eine Kommanditgesellschaft GmbH & Co KG mit einer Komplementär GmbH, dies sei die dritte Gesellschaft, jeweils zu übernehmen. Mit den bisherigen Gesellschaftern und Partnern wurde vereinbart, dass ein altlastenfreier Übergang der Anteile erfolgt. D.h., dass die Stadt bei Übernahme der Gesellschaften von Verbindlichkeiten der Gesellschaften freigestellt werde, damit tatsächlich ein Neuanfang möglich werde. Die Übernahme aller Gesellschaften sei notwendig, um auch die liquiden Mittel in Höhe von rund 300.000,-- Euro die in den Gesellschaften noch enthalten sind mit zu übernehmen, um mit diesen Mitteln den Betrieb des Jahres 2010 vollends zu fi-

---

finanzieren. Auch die Steuerberatung habe empfohlen an dem Konstrukt des Projektvertrages mit der KG als Vertragspartner festzuhalten, da dieses Konstrukt damals auch Grundlage für eine verbindliche Auskunft des Finanzamtes war. Das Finanzamt habe damals der Stadt den Vorsteuerabzug für alle Zahlungen die die Stadt an die KG leistet bestätigt. Ein weiterer Aspekt war auch, dass man mit der Übernahme der Gesellschaftsanteile, insbesondere an der Betriebs GmbH auch die Nachunternehmerverträge übernehmen könne. Dies sei insbesondere notwendig, um den nahtlosen Übergang letztendlich sicherzustellen.

Anhand einer Übersicht veranschaulicht er die künftige Beteiligungsstruktur. Die Stadt beteilige sich jeweils zu 100% direkt an der Arena GmbH & Co KG und zu 100% an der Komplementär GmbH, der Arena Ludwigsburg Verwaltung GmbH beteiligt. Die GmbH & Co KG übernehme wiederum 100% der Anteil an der Arena Ludwigsburg Betriebs GmbH. Das Ganze erfolge altlastenfrei, zu einem symbolischen Preis von jeweils 1,-- Euro für die Gesellschafter die bisher beteiligt sind. Insgesamt müsse man 6,-- Euro aufwenden. Und dies erfolge unter hohen finanziellen Zugeständnissen der Partner. Dazu führt er aus, die Stadt habe für den Bau der Arena, ohne Grundstück und Tiefgarage, 16,6 Mio. Euro brutto bezahlt. Man habe hohe Zuschüsse, bspw. 2 Mio. Euro vom Land, Sportstättenzuschüsse, erhalten und man konnte auch Sanierungszuschüsse einsetzen. Dafür, dass die tatsächlichen Baukosten nach Aussagen der BAM bei rund 21 Mio. Euro liegen habe man eine sehr günstige Halle mit diesem PPP-Projekt erwerben können. Mit der Übernahme der Gesellschaftsanteile verzichten die Partner insgesamt auf einen Betrag von rund 4 Mio. Euro. In den Betrieb wurden zusätzliche Mittel hineingesteckt, auch um die Anschubfinanzierung sicherzustellen, um die Erstausrüstung zu finanzieren, es wurde Haftungskapital mit eingebracht.

Weiter fährt er fort, man habe sich auch lange mit der Frage beschäftigt, ob man die Insolvenz der Betriebs GmbH in Kauf nehme. Aus verschiedenen Gründen schlage man vor diesen Weg nicht zu gehen. In einem Insolvenzfall würde ein Insolvenzverwalter den Betrieb übernehmen. Dieser würde zunächst nachsehen, ob ausreichend Mittel vorhanden sind um den Betrieb fortzusetzen bzw. die Insolvenz abzuwickeln. Ein Insolvenzverwalter würde den Betrieb mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht fortsetzen, da es ein defizitärer Betrieb sei und ein Insolvenzverwalter habe nicht die Aufgabe zusätzliche Defizite zu erwirtschaften, sondern dann den Betrieb abzuwickeln. D.h., um eine Fortsetzung des Betriebs sicherzustellen müsste eine Auffanggesellschaft gegründet werde, um dort dann wiederum neue Verträge abzuschließen. Dabei hätte man einen Gründungsaufwand, man müsste alle Verträge die derzeit bestehen, von Versicherungsverträge bis hin zu Cateringverträgen, rund 50 Verträge allein auf der Ebene der Betriebs GmbH müssten neu verhandelt werden. Der Nachteil wäre, dass man einen nahtlosen Übergang nicht sicherstellen könne, dass die für den Herbst gebuchten Veranstaltungen tatsächlich durchgeführt werden. D.h. es würde ein Bruch stattfinden der mit Sicherheit zu einem hohen Imageverlust führen würde. Außerdem hätte man dann auch die liquiden Mittel aus den Gesellschaften nicht übernehmen können.

Aus diesen Gründen schlage man ein zweistufiges Verfahren vor. Man kam zu dem Ergebnis, dass man in einem ersten Schritt den Betrieb der Arena durch die Stadt, durch städtische Ressourcen übernehme, um den nahtlosen Übergang sicherzustellen, in den laufenden Betrieb, die vorhandenen Verträge einzusteigen, und die Fortsetzung des Betriebs sicherzustellen. Für den zweiten Schritt, die endgültige Lösung schlage man vor, dass bis Ende des ein endgültiges Betriebskonzept für die Arena vorgelegt werde. Dabei prüfe man die Beteiligung privater Partner, man werde aber auch mit anderen Hallenbetreibern in Deutschland Gespräche führen, ob und ggf. zu welchen Bedingungen und Konditionen diese bereit wären den Betrieb der Halle zu übernehmen. In diesem Zusammenhang wäre dann auch die endgültige Rechtsform zu klären.

Weiter führt er aus, ein wichtiger Aspekt war auch, wie der städtische Haushalt durch die Übernahme des Betriebs und auch des Betreiberrisikos belastet werde. Man gebe derzeit einen Betriebskostenzuschuss von insgesamt 400.000,-- Euro, 150.000,-- Euro fließen auf ein Instandhaltungskonto, 150.000,-- Euro gehen direkt als Kapitaldienst an die Bank zur Refinanzierung des Gesamt Invest und 100.000,-- Euro gehen in die laufende Unterhaltung. Demgegenüber stehen Pachteinnahmen in Höhe von 100.000,-- Euro. Dies seien die netto 300.000,-- Euro jährlich, die man bisher, geregelt im Projektvertrag, aufzubringen hätte. Ergänzend dazu noch die Werklohn-

---

stundung, man habe von den 16,6 Mio. Euro 11,6 Mio. Euro direkt bezahlt und 5 Mio. Euro werden mit einer sogenannten Werklohnstundung über 20 Jahre mit einer jährlichen Annuität von 383.000,-- Euro mit Zins- und Tilgung, aufgeteilt in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, im Haushalt finanziert. Dazu komme dann auch noch die Werklohnstundung für die Tiefgarage. Sodann fährt er fort auf die künftige Belastung des Haushalts einzugehen und verweist dazu auf den beigefügten Businessplan für das Restjahr 2010 und das Jahr 2011. Es wäre sichergestellt, dass durch die vorhandenen liquiden Mittel aus der Übernahme der Gesellschaften das voraussichtliche Betriebsdefizit von 2010 in Höhe von 250.000,-- Euro gedeckt werden könnte. D.h. für das Jahr 2010 sind keine zusätzlichen Mittel für die Arena enthalten. Für die Weiterführung des Betriebs ab dem Jahr 2011 entstünde aus dem reinen Betrieb ein jährliches Defizit in Höhe von 300.000,-- Euro. Hier kämen zusätzlich noch die notwendigen Aufwendungen für die Instandhaltung und ggf. Ersatzinvestitionen hinzu, die man zusätzlich aus dem Haushalt finanzieren müsste. D.h. die bisherige Überlegung aus den 300.000,-- Euro 150.000,-- Euro in eine Instandhaltungsrücklage zu geben, würde in dem neuen Modell nicht mehr funktionieren. Man würde ähnlich wie im Forum die notwendigen Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen aus dem Haushalt führen.

Zum Thema Werklohnstundung führe man Gespräche mit der LHI, mit der LBBW, ob es hier eine Möglichkeit gebe die momentan günstigeren Zinsen zu nutzen, um auch zu einer Entlastung in diesem Bereich zu kommen. Hierzu gebe es momentan noch kein Ergebnis. Man werde dazu nach der Sommerpause berichten.

Weiter geht er auf die künftige Betriebsstruktur ein und veranschaulicht diese anhand einer Übersicht. Diese sehe dann so aus, 1 Block: Gebäudemanagement, Buchhaltung, Block 2: Veranstaltungen, Veranstaltungstechnik, Vertrieb, Organisation, Block 3: Vermarktung, Logen, Werberecht. Das Gebäudemanagement würde künftig der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft übernehmen, natürlich mit Unterstützung, der Vertrag mit MüllerAltvatter würde zu reduzierten Konditionen weiterlaufen. Aber man habe die Möglichkeit eines Sonderkündigungsrecht einräumen lassen. Im Bereich des Veranstaltungsbetriebs schlage man vor die Ressourcen des Forums, natürlich mit einer personellen Aufstockung, wie in der Vorlage enthalten, die Kompetenz von Frau Roser und Herrn Greipel-Dominik zu nutzen, um den Interimsbetrieb sicherzustellen. Im Bereich der Vermarktung, insbesondere der Logen, Bandenwerbung und dergleichen, würde die Stadt, auch ggf. mit einem Dienstleister, hier sei man auch mit den EnBW-Basketballern im Gespräch um eine Lösung zu finden, wie man den Ankermieter hier mit einbeziehe. Dies wäre aus Sicht der Verwaltung eine gute Lösung und könnte auch in diesem Bereich zu Synergien führen. Man wolle auch aus der Erfahrung mit der Betreiber GmbH, jetzt in der Objekt KG einen Beirat einrichten. Diese Objekt KG fungiere als Gesellschafter für die Betreibergesellschaft, und man sichere zu, auch im 2. Halbjahr wenigstens 2 Sitzungen durchzuführen, so dass der Gemeinderat aktuell über die Entwicklungen Informationen bekomme. Der Beirat werde sich aus 6 Stadträte/Stadträtinnen, dem Oberbürgermeister und zwei Vertreter aus der Stadtverwaltung, Herrn Seigfried und Frau Richert, zusammensetzen, um die notwendigen Gesellschafterbeschlüsse vorzubereiten, Geschäftspolitik festzulegen, zu begleiten und bspw. über Eigenveranstaltungen oder Maßnahmen die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, Entscheidungen zu treffen.

Weiter geht er auf den beigefügten Businessplan ein und führt dazu aus, die Kostenseite sei hier relativ gut kalkuliert. Denn man habe sehr fundierte Grundlagen bekommen, was für die Halle im Betrieb an Kosten entstehen und anfallen. Die wesentlichen Stellschrauben, die für das Betriebsergebnis letztendlich entscheidend sind liegen auf der Einnahmenseite. D.h., wenn man mehr Veranstaltungen in die Halle bekomme die jeweils zusätzliche Deckungsbeiträge bringen, wenn man eine bessere Vermarktung der Logen und anderer Werberechte in der Halle hinbekomme, dann habe man eine gute Möglichkeit zumindest das Ergebnis zu erreichen bzw. im Idealfall sogar noch ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt wurde es bereits angesprochen, die konjunkturelle Entwicklung sei momentan so, dass man zumindest Hoffnung haben könne, dass sich die Situation insgesamt wieder stabilisiert. Ein wesentlicher Punkt der für das hohe Defizit der Betreibergesellschaft letztendlich maßgebend war, die Vermarktung der Arena wurde just in dem Zeitraum

---

gestartet, im Herbst 2008, als die Auswirkungen der Finanzkrise erkennbar wurde. Man gehe davon aus, dass mit der Stabilisierung der Konjunktur und der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage man dann auch zunehmend die Möglichkeit habe bessere Vermarktungsergebnisse zu erzielen.

Abschließend merkt er zur Frage, ob das PPP-Projekt Arena Ludwigsburg gescheitert ist, an, es ging bei dem PPP-Projekt nicht nur um die Arena, sondern auch um das Hotel, um das Sportinternat, jetzt Court-Side, um die Parkieranlage, alles privat finanzierte Objekte, die den städtischen Haushalt, zumindest was Hotel und Court-Side anbelange, nicht belasten, auch die Parkierung über die PAG als Betriebsführer. D.h. man habe hier eine sehr positive Entwicklung mit diesem PPP für den Westausgang erreicht, die man ohne ein PPP-Projekt nicht erreicht hätte. Eine Halle zu diesem Preis zu bekommen und diese Entwicklung, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Arena stehe, wäre so mit Sicherheit nicht möglich gewesen. Insoweit sei es bedauerlich und ärgerlich, dass ein Teil des Projektes, der Betriebsteil, nicht so funktioniert hat wie man es sich vorgestellt habe. Aber man sei guter Dinge, dass man dies mit einem neuen Konzept zumindest so hinbekomme, dass die zusätzlichen Belastungen für den Haushalt, über das bisher vereinbarte, sich in Grenzen halten werden.

OBM **Spec** verweist anschließend auf die Veranstaltungen die in der Arena geplant sind und darauf, dass die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags bei der Vorberatung im WKV offen blieb und keine Entscheidung gefasst wurde.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Herrmann** fügt OBM **Spec** hinzu, bei der Vorberatung im WKV wurde Ziffer 6 des Beschlussvorschlags um die Worte „bis spätestens Jahresende“ ergänzt.

In der sich anschließenden Aussprache führt Stadtrat **Herrmann** aus, aufgrund des Antrags der CDU-Fraktion vom 13. 04.2010 kam das ganze Thema erstmals in die Gremien des Gemeinderats. Seit wann der Verwaltung die Problematik beim Betrieb der Arena bekannt ist, wisse man nicht. Zum Verfahrensablauf hält er fest, dieser war richtig. Man habe nicht öffentlich in den Ausschüssen Detailpunkte beraten, Dinge abgewogen die für die Öffentlichkeit nicht sinnvoll sind, da man Verträge und Verhandlungen beeinflussen könnte. Jetzt berate man den ersten Schritt öffentlich im Gemeinderat und fasse die entsprechenden Beschlüsse. Vom Verfahren her sei dies richtig. Weiter stellt er fest, man habe sich bewusst für einen großen Partner mit der BAM entschieden, als man den Betrieb der Arena beschlossen habe. Man sei über deren Verhalten sehr enttäuscht und erwarte auch ein großes Entgegenkommen der BAM, denn hier seien wesentliche Dinge falsch gelaufen, die zu der jetzigen Situation geführt haben. Seine Fraktion wolle, dass die Arena von einem Betreiber betrieben werde, der Erfahrung in diesen Bereichen habe. Entweder ein privater Betreiber oder ein privater Betreiber der Erfahrungen auch in anderen Städten habe. Die jetzige Lösung sei nur eine Interimslösung, dies wurde in Ziffer 6 des Beschlussvorschlags zusätzlich aufgenommen. Weiter merkt er an, man sei auch nicht dafür, dass man Ankermieter oder andere große Kunden, wie z.B. die EnBW oder andere, als Gesellschafter aufnimmt. Zur Vermarktung auf Provisionsbasis ja, aber als Gesellschafter nein.

Außerdem rege man an, dass alle Verträge sorgfältig geprüft werden sollten, insbesondere die die mit den bisherigen Partnern geschlossen wurden. Wie ausgeführt wurde, gebe es 50 verschiedene Verträge die nicht alle neu verhandelt werden müssen. Aber vereinzelt gebe es eventuell mögliche Nachteile die man im letzten Jahr erkannt habe und die man nun bei der Neustrukturierung verändern könnte. Ebenso sollte man bei der Werklohnstundung mit dem Ziel, die Zinsen für den Haushalt zu reduzieren, verhandeln.

Er fährt fort und stellt fest, im Businessplan seien mutige Annahmen was den Einnahmenbereich anbelange enthalten. Die Erlöse im VIP-Bereich, die Werbeeinnahmen seien für das nächste Jahr deutlich höher angesetzt als in diesem Jahr. Man hoffe, dass diese Annahmen bei den Einnahmen auch tatsächlich erreicht werden. Damit hänge auch die Frage der Namensrechte zusammen. Man fordere hier die Verwaltung auf hier weiter tätig zu werden, dass man die zu erwartenden mind. 150.000,-- Euro jährlich auch erreichen könne.

---

Zum Thema Finanzen merkt er an, tatsächlich habe man mit 300.000,-- Euro die gleichen Aufwendungen, aber man müsse zuzüglich Instandhaltungsrücklagen bilden. Nehme man diese bei 150.000,-- Euro an, dann wären dies 150.000,-- Euro mehr, die das Ganze jährlich kostet. Instandhaltungsrücklagen seien notwendigerweise anzusammeln. Denn irgendwann fallen Ersatzinvestitionen an, deshalb müsse man diese mit einbeziehen.

Zur Frage der Geschäftsführung stellt er fest, der CDU-Fraktion wäre es recht, wenn ein Bürgermeister in der Außendarstellung, mit dem politischen Gewicht eines Bürgermeisters diese Geschäftsführung mit vertritt. Denn in anderen Gesellschaften sei es ähnlich, dass das operative Geschäft von Mitarbeitern der Verwaltung gemacht werde, aber die konkrete Verantwortung gegenüber Dritten werde von einem Dezernenten getragen. Seiner Fraktion wäre es recht, wenn EBM Seigfried dazu bereit wäre, hier als Verantwortlicher nach außen aufzutreten, um den politischen Stellenwert und das politische Gewicht deutlicher zu machen.

Weiter geht er auf das Thema Gesellschaftsverträge ein. Dazu merkt er an, es werden nun die Gesellschaftsverträge im Rahmen des Mustergesellschaftsvertrags der Stadt abgeschlossen. Man gehe davon aus, dass die Punkte die im Mustergesellschaftsvertrag enthalten sind grundsätzlich eingehalten werden. Er möchte für seine Fraktion signalisieren, wenn es notwendig sei, dass man in wichtigen Punkten vom Mustergesellschaftsvertrag abweicht, dass man auch bereit wäre in der Sommerpause zum Beispiel eine Sitzung des WKV durchzuführen, in der dann darüber beraten werde, und dass dies nicht im Wege einer Eilentscheidung getroffen werden müsse. Er kündigt an, eine Eilentscheidung würde man in dieser Frage nicht für gut halten, wenn es sich um Detailpunkte handelt von denen man abweiche sie dies mit Sicherheit unproblematisch.

In der von der Verwaltung angekündigten Vorlage für den Herbst über die Abwicklung sollte dann auch eine aktualisierte Veranstaltungsübersicht, Stand Oktober/November für das Jahr 2011 und ein Ausblick auf die Zukunft, enthalten sein.

Abschließend stellt er fest, in der Summe sehe man zu dem nun vorliegenden Vorschlag keine Alternative, die CDU-Fraktion werde einstimmig dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Stadtrat **Bergold** stellt fest, es sei klar, dass die Arena ohne einen guten Ruf nicht überleben könne. Jedenfalls nicht so überleben, dass es im Hinblick auf die dann notwendigen großen finanziellen Aufwendungen noch verantwortbar wäre. Der gute Ruf wäre ganz sicher durch eine Insolvenz zunächst einmal weg. Das solle heißen, die Nachteile einer möglichen Insolvenz, vor allem in der Außenwirkung, liegen klar auf der Hand. Ein solcher Bruch in der Entwicklung der Arena würde ein Imageverlust bedeuten, von dem sie sich sicherlich nur schwer erholen könnte. Es würde sicher Jahre dauern um den Betrieb wieder an bzw. hoch zu fahren und in ruhigere Gewässer zu bekommen. Er glaube auch, dass es sehr viel Geld kosten würde den heute bestehenden Status wieder herzustellen und nachhaltig zu verbessern.

Man sei davon überzeugt, dass deshalb eine nahtlose aber deutlich optimierte Weiterführung der Geschäfte sehr wichtig. Man sei überzeugt, dass das Konzept der Weiterführung der Geschäfte aus einer Hand die gangbarste und erfolgversprechendste aller möglichen Lösungen ist. So weh dies auch der Stadt tue, vor allem in finanzieller Hinsicht. Denn es kommen so nicht erwartete zusätzliche Belastungen auf die Stadt zu, die in den derzeitigen Zeiten schwer zu verkraften seien. Man spreche hier nicht nur von den zusätzlich aufzubringenden 150.000,-- Euro die in der Vorlage 330/10 genannt sind. Es komme noch das eine oder andere hinzu, z.B. das Betreiberrisiko, das man übernehmen müsse. Wobei man darauf achten müsse, dass die Gewährleistungen für die Arena auf die BAM übergeben werden müssen. Weiter komme hinzu, was bspw. in den weiteren mit einzubeziehenden städtischen Bereichen geleistet werden müsse. Dinge die zusätzliche Manpower, d.h. zusätzliche Kosten bedeuten. Weiter stellt er fest, man müsse in das Personal investieren. Denn ohne ein gut funktionierendes Management sei die Halle nicht auf die Gewinnerstraße zu bringen. Dies gelte sowohl für die personelle Aufstockung dort, wo Herr Dienelt, Frau Roser und Herr Greipel-Dominik bisher tätig sind, gelte aber auch, falls dies nicht ausgelagert werde, für die personelle Aufstockung im Bereich der Buchführung, die teilweise durch Mitarbeiter des Forums und durch Mitarbeiter der Stadt erfolgen solle. Um die Halle auf die Erfolgsspur zu bringen, dürfe man gerade in den Bereichen, die mit Außenwirkung zu tun haben, nicht „kleckern“. Seine Frakti-

---

on sei der Meinung, dass man hier zu mindest am Anfang „klotzen“ müsse. In seinen weiteren Ausführungen betont er, dass die SPD-Fraktion weiterhin von der Richtigkeit und der Bedeutung des gesamten Projekts überzeugt sei. Die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag in allen genannten Punkten zu, da dies als einzig möglicher gangbarer Weg erscheine ohne dabei noch größeren Schaden zu nehmen. Man stimme zu, dass die drei Betriebsgesellschaften alllastenfrei für eine Übergangszeit übernommen werden bis ein endgültiges, schlüssiges, erfolgversprechendes Betriebskonzept entwickelt werde und vorliegt. Und/oder bis Ergebnisse aus alternativen Verhandlungen mit privaten Betreibern bzw. Partnern vorliegen. Seine Fraktion lasse sich auch wegen des dabei vorgesehen Zeitlimits, Jahresende, mit sich reden. Der SPD-Fraktion sei ein in sich stimmiges, ausgereiftes Konzept im Frühjahr 2011 lieber, als ein Konzept das mit „heißer Nadel gestrickt“ wurde, weil es bis Jahresende vorliegen müsse.

Stadtrat **Dr. Vierling** weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass man vor den Trümmern des Arenaprojekts stehe. Nachdem der private Betreiber wirtschaftlich Schiffbruch erlitten habe, erkläre sich die Stadt nun bereit künftig Schiffbruch erleiden zu wollen mit diesem unrettbaren Projekt. Er stellt fest, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war von vorne herein mehrheitlich skeptisch und ablehnend gegenüber dem Finanzierungskonstrukt der Arena. Die volle Übernahme von Betreiberpflichtung und Betreiberisiko durch die Stadt, lasse nun die schlimmsten Befürchtungen eintreten. Innerhalb eines ¾-Jahres sei dieses PPP-Modell auf breiter Front gescheitert. Nun werde suggeriert, man hätte zu der vorgestellten Alternative nur die Alternative der Insolvenz. Er vermisse hier eine breitere Darstellung von Alternativen, weitere Szenarien, wie der Gesamtverkauf der Arena, oder eine unmittelbare Ausschreibung des Betriebes mit den erforderlichen Anforderungen an einen privaten Betreiber. Man sollte sich hier nicht in eine Alternativlosigkeit hinein drängeln lassen. Er kündigt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einer Ausnahme der Vorlage nicht zustimmen werde.

Er fährt fort und stellt dabei fest, die Stadt sei kein besonderer guter Betreiber. Als Gemeinderat wisse man nicht, wie viel Euro Eintrittsgeld pro Veranstaltung erzielt werden müssen um kostendeckend zu arbeiten, wann trage sich eine solche Halle. Dies sollte den Gemeinderat interessieren, denn wenn man dies nicht wisse, nehme man sehend in Kauf, dass die jährlichen Haushaltsbelastungen kräftig in die Höhe gehen werden. Der bisherige Betreiber sei an der schlechten Auslastung gescheitert. Dabei hebt er hervor, denjenigen die die Presse verfolgen sei bekannt, dass die Arenen in Deutschland insgesamt schlecht ausgelastet seien. Weshalb sollte sich dies nun plötzlich verändern. Wenn man bisher hochbezahltes Personal hatte, das sich um die Auslastung kümmern sollte und gescheitert ist, dann wisse er nicht, weshalb 400,-- Euro-Nebenjobs für die guten städtischen Bediensteten sicherstellen sollen, dass die Auslastung grundlegend verbessert werde. Weiter geht er auf die Darstellung der finanziellen Konsequenzen für den städtischen Haushalt in den Jahren 2011 ein, und er stellt fest, es stehe zu befürchten, dass die genannte Interimslösung zur Dauerlösung werden könnte. Man trage nicht nur die in der Vorlage suggerierten 150.000,-- Euro zusätzlich im Jahr. Denn dies sei noch nicht inklusive der Instandhaltungs- und Ersatzinvestitionen. Dieser Betrag käme noch hinzu. Außerdem gebe es noch Fragezeichen hinter die Erwartung zu machen, dass ab 2011 150.000,-- bis 200.000,-- Euro Erlöse aus Namensrechten erzielt werden könnten. Die Kosten habe man wahrscheinlich ganz gut im Griff. Aber bei den Erlösen aus dem Eventbetrieb stelle sich die Frage, in wie weit hier die Hoffnung „Vater“ der Zahlen sei, die hier stehen. Abschließend stellt er fest, mit der Arena zeichne sich ein „Millionengrab“ ab.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert zunächst seinen Vorredner daran, dass auch Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Bau der Halle zugestimmt haben. Sodann verweist er in seinen Ausführungen auf die Vorberatung im WKV. Klar sei, dass man vor zwei Problemen stehe. Das eine sei nicht, dass das PPP-Modell gescheitert ist, sondern dass der Betrieb gescheitert ist. Der Betrieb sei bei einer Mannschaft gescheitert, der man das Vertrauen entgegengebracht hatte, dass sie derartige Hallen leiten könne. Es habe sich gezeigt, dass die Mannschaft dies nicht könne. Dementsprechend habe man nun einen Notplan zu entwickeln, eine möglichst reibungslose Fortfüh-

---

rung dieser Halle. Denn ansonsten erleide man möglicherweise einen Imageschaden oder die Veranstaltungsserie reiße möglicherweise ab. Wenn sie abgerissen ist, dann könne man diese zumindest über eine Saison hinweg nicht mehr füllen. Parallel dazu habe man dann zu überlegen, wie und welches neue Konzept, welche neue Leitung welche neue Betriebsgesellschaft, mache man für diese Arena.

Er fährt fort, es müsse klar sein, dass man sich in ein schwieriges Terrain begeben. Auch der Gemeinderat stehe hier mit in der Verantwortung. Man habe mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst die Arena zu bauen und so betreiben zu lassen. Wenn dies nun schief gelaufen sei, wobei er dies genauso missbilligt, dann müsse man nun „ranklotzen“ und schauen, dass man wieder herauskomme.

Weiter weist er darauf hin, man habe ebenfalls gesagt, dass man die Verträge mit den Dienstleistern nochmals überprüfen müsse, aber man sei mehr oder weniger auf sie angewiesen, da man in der Kürze der Zeit nicht 50 neue Dienstleistungsverträge abschließen könnte und man wäre von den Konditionen her auch erpressbar. Man sollte lediglich prüfen ob nicht irgendwo „Luftverträge“ vorhanden gewesen sind.

Ohne große Hektik sollte man sich innerhalb eines bestimmten Zeitraums umschauchen, wen man als Betreiber finden könne. Ob man dies selbst als Regiebetrieb, städtische Betriebs GmbH, wie auch immer, machen könne, oder ob man hier fremdes Wissen benötige. Nach der gestrigen Sitzung habe man sich überlegt, wo die Mitwirkungsmöglichkeit des Gemeinderats oder eines Teiles des Gemeinderats bestehen könnte. Ob der Beirat richtig bei der KG oder bei der Betriebs GmbH angesiedelt ist. Die KG sei möglicherweise in mittlerer Zukunft eigentlich ein nicht mehr notwendiges gesellschaftsrechtliches Gebilde. Sie sei auch eigentlich ausschließlich im strategischen und nicht im operativen Bereich tätig. Er sei der Meinung, dass man im Moment das große Problem im operativen Bereich habe. Man sollte seiner Meinung darüber diskutieren, wo man sich gegenseitig Hilfestellung geben könnte. Abschließend stellt er fest, die FW-Fraktion sei der Meinung, dass man heute nicht anders könne, als dem so zuzustimmen, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden.

Stadtrat **Dr. Heer** merkt in seinen Ausführungen insbesondere an, man habe eine Halle, die 21 Mio. Euro gekostet habe für 16 Mio. Euro gekauft. Dies sei ein Erfolg beim Kaufpreis, man habe die Halle günstig bekommen. Auf der anderen Seite müsse man ein Betreiberrisiko, das man nicht haben wollte und mit 300.000,-- Euro und weiteren versteckten Beträgen abdecken wollte nun selbst übernehmen. Bei Betrachtung der Kosten, werden diese sehr hoch sein. Man werde nicht mit 450.000,-- Euro auskommen und auch nicht mit den 384.000,-- Euro Werklohnstundung, dies seien schon einmal 800.000,-- Euro für den städtischen Haushalt insgesamt. Dazu kommen noch die Renovierungs- und Instandhaltungskosten, die wesentlich höher seien. Er rechne mit einem Prozentsatz von 3 % für ein solches Haus. Bezogen auf die Kosten von 20 Mio. Euro seien dies 600.000,-- Euro, die eventuell nicht sofort anfallen, aber in ein paar Jahren. Darauf müsse sich die Stadt einstellen. Die endgültigen Zahlen könne man noch nicht voraussehen. Dies komme darauf an, wie das Ganze vermarktet werde und genauso wichtig sei, ob es irgendwann gelingt die Namensrechte zu „versilbern“.

Er stellt weiter fest, aus seiner Sicht stelle es sich bisher als relativ gleichgültig dar, ob die Stadt selbst den Betrieb übernimmt oder ob die Halle von einem privaten Betreiber betrieben werde. In beiden Fällen koste es mehr. Denn der zukünftige Hallenbetreiber wisse, dass es mit dem Betriebskostenzuschuss von 300.000,-- Euro schief gegangen ist. Dieser werde dann sein eigenes Risiko so einschätzen, dass er einen entsprechenden Preis haben möchte. Auch wenn es bei der Stadt verbleibe, bleibe es bei der Kostenstruktur. Die vorliegende Vorlage halte er für sinnvoll. Er selbst stimme aufgrund seiner vergangenen Entscheidungen der Vorlage nicht zu, er werde sich der Stimme enthalten.

Stadträtin **Burkhardt** weist darauf hin, dass sie bereits in der Sitzung am 08.06.2010 in der nicht öffentlichen Diskussion die Aussage gemacht, dass die Arena ein PPP-Projekt ist. In einem Vertrag sei festgelegt, dass Planung, Bau und Betreiben der Arena auf 20 Jahre in den Aufgabenbereich

---

eines privaten Investors fallen. Dabei solle es für ihre Fraktion auch bleiben. Sie fährt fort, die BAM Deutschland habe mit dem Bau ohne Ausschreibung und Lohnkontrolle ihre Gewinne macht und möchte sich nun aus der Verantwortung für die kommenden Verluste hinausstellen. Dieses Bedürfnis nach Sozialisierung von Verlusten wurde inzwischen bei öffentlichen Baumaßnahmen üblich. Wäre die Bedarfsuntersuchung vor Beginn der Planungen gründlich, neutral und nicht mit dem Wunsch nach Bestätigung einer vorgefassten Meinung durchgeführt worden, wäre die Halle nie gebaut worden. Ein Basketballverein und ein bedeutender Tanzclub seien nicht in der Lage für genügend Veranstaltungen zu sorgen, um die Wirtschaftlichkeit der eingesetzten Finanzmittel zu garantieren. Für alle anderen Events gab es in der Region genügend Veranstaltungsmöglichkeiten, bevor die Planung begonnen habe. Diese Situation habe sich durch die Wirtschaftskrise noch verstärkt.

Die Fraktion LUBU/Die Linke sei der Meinung, dass die Verwaltung sofort einen privaten Betreiber suchen und mit ihm in Nachfolgeverhandlungen eintreten sollte. Man sei nicht der Meinung, dass die Übernahme durch die Stadt die Folgekosten wesentlich verringern werden. Alle Aussagen in der Vorlage seien wie bisher Zukunftshoffnungen. Man müsse den Betrieb so schnell wie möglich wieder los werden. Die Mehrkosten habe bisher keiner richtig benannt. Ihre Fraktion habe sich, mit der Tiefgarage und ihren Folgekosten, etwa 1 Mio. Euro ausgerechnet. Diese Mehrkosten könne man sehr gut in andere notwendigen Maßnahmen investieren. Sie erinnert in diesem Zusammenhang insbesondere an die notwendige Schulmensa in der Weststadt und an die dringend notwendige Schulporthalle in der Oststadt.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt zum Abstimmungsverhalten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, man werde heute unterschiedlich abstimmen.

OBM **Spec** hält fest, die Halle habe eine lange Diskussionsgeschichte von 20/30 Jahren. Sie sei eine Infrastruktureinrichtung für den Landkreis. Dieses PPP-Projekt habe den großen Vorteil, dass die Halle sowohl von ihrer baulichen Qualität als auch von ihrer Funktionalität sämtlichen Ansprüchen genüge. Alle bisher stattgefundenen Sport- und Musikveranstaltungen haben dort ideale Rahmenbedingungen vorgefunden. D.h. die Agenturen die Veranstaltungen durchgeführt haben bestätigen, dass die Halle beim Publikum sehr gut ankomme und dass sie auf zunehmendes Interesse bei den Künstleragenturen stoße. Die Konzertagenturen mit denen er geredet habe, weisen darauf hin, dass die Halle keine unnötige Konkurrenz zur Porschearena sei. Die Halle sei in der Größe idealtypisch, zwischen der Porschearena und der Liederhalle in Stuttgart und decke insofern einen Zielbereich von Zuschauern ab, der eigentlich in diesem Segment fehle. Die Einbeziehung eines Betreibers der im Betrieb von Hallen Erfahrung habe, war im Nachhinein richtig, da es bislang aus dem Betrieb heraus keine Änderungswünsche gegeben habe. In einigen Bereichen sei die Halle besser ausgestattet als die Porschearena, was die Fernsehübertragungen oder auch die Gebäudekühlung anbelange. Die Halle habe außerdem ein modernes energietechnisches Konzept mit einem kompletten Solardach und einer regenerativen Energieerzeugungsanlage. Die Halle sei wie keine andere Veranstaltungsstätte in Deutschland unmittelbar am Bahnhof verkehrsgünstig angebunden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder auch zu Fuß erreichbar. Über den Betrieb durch die Stadt habe man nun sogar die Möglichkeit den ÖPNV in die Tickets bei den verschiedenen Veranstaltungen mit einzubinden. Er stellt weiter fest, man habe hier eine Halle zu einem Nettopreis bekommen, der nur deshalb so günstig war, weil die Betreibergesellschaft davon ausgegangen sei, dass sie einen Teil der investiven Kosten über den Betrieb finanzieren könne.

Zu dem von Stadtrat Herrmann angesprochenen Thema Gesellschaftsvertrag führt Herr **Kiedaisch** aus, man wolle sich am Mustergesellschaftsvertrag orientieren. Aber der wesentliche Inhalt, der nicht in einem Mustergesellschaftsvertrag geregelt werden könne sei die Abgrenzung der Zuständigkeit von Geschäftsführung, ggf. Aufsichtsrat, hier Beirat, und Gesellschafterversammlung. Die Überlegung der Verwaltung wäre, dass man in der Betreiber GmbH die Geschäftsführung mit den Kompetenzen ausstattet, dass sie die laufenden Geschäfte, d.h. alles was notwendig sei damit der Betrieb funktioniere, durchführen könne. Dass wir die Wertgrenzen so definieren, dass diese Ge-

---

schäfte so durchgeführt werden können. Dies sei der einzige Punkt, den man im Mustergesellschaftsvertrag nicht geregelt habe. Er bittet den Gemeinderat der Verwaltung soviel Vertrauen zu schenken. Die Verwaltung sage, der Mustergesellschaftsvertrag ist Grundlage und man orientiere sich bei den Wertgrenzen am operativen, laufenden Geschäft, damit dies funktionieren könne. Er fragt das Gremium, ob dieses bereit sei, dass die Verwaltung auf dieser Basis den Gesellschaftsvertrag erstellt. Weiter weist er darauf hin, dass man noch im August die notarielle Beurkundung herbeiführen müsse, damit das Geschäft auf die Stadt übergehen könne. Deshalb sei man unter Zeitdruck. Er sagt zu, den endgültigen Gesellschaftsvertrag werde man dem Gremium nach der Sommerpause vorlegen.

OBM **Spec** erklärt, mit EBM Seigfried sei geklärt, dass dieser auf Wunsch des Gremiums als Geschäftsführer zur Verfügung steht, und dass er von Herrn Dienelt unterstützt wird. Zum Beirat merkt er an, wenn man den Beirat wie in der Vorlage vorgesehen mit der KG verbinde, dass man die Vertreter dort über die Entwicklungen im Bereich der Betriebs GmbH informiere. Wenn dann das Bedürfnis bestehe diesen Beirat auch auf die Betriebsgesellschaft auszudehnen, dass man dies dann durch entsprechende Beschlüsse nachholen könnte.

Ergänzend erläutert Herr **Kiedaisch** die Überlegungen der Verwaltung zur Ansiedlung des Beirats an. Die KG sei dann Gesellschafter der Betreibergesellschafter. Man würde den Beirat auf der Ebene der KG favorisieren. Im Gesellschaftsvertrag werde man entsprechend regeln, dass alle Angelegenheiten der GmbH auch im Beirat der KG zu behandeln sind, aber auch alle Angelegenheiten der KG miteinander verbunden werden können.

Stadtrat **Herrmann** stellt zu den Ausführungen von Herrn Kiedaisch fest, dies wäre so in Ordnung. Weiter schlägt er vor, die Ziffer 3 im Beschlussvorschlag wie folgt abzuändern, zunächst wird ein Beirat eingerichtet, der aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem besteht, dann habe man geklärt, wer für die Einberufung verantwortlich ist. Dann sollte man noch anfügen, dass auch die Angelegenheiten der GmbH in diesem Beirat beraten werden.

OBM **Spec** fasst abschließend die in der Beratung angesprochenen Änderungen zusammen und führt aus, Ziffer 2 werde wie folgt modifiziert:

„2. Zum Geschäftsführer der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG und der Arena Ludwigsburg Verwaltung GmbH wird ab 01.08.2010 Herr Erster Bürgermeister Konrad Seigfried bestellt. Zu Geschäftsführern der Arena Ludwigsburg Betriebsgesellschaft mbH werden ab dem 01.08.2010 Frau Petra Roser und Herr Uwe Greipel-Dominik bestellt.“

Ziffer 3 werde wie folgt abgeändert:

„3. Bei der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG wird ein Beirat eingerichtet, der aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem, 2 Vertretern der Stadtverwaltung und 6 aus dem Gemeinderat entsandten Mitgliedern besteht. Als Vertreter der Stadtverwaltung werden Herr Ulrich Kiedaisch und Frau Wiebke Richert entsendet.“

Ziffer 6 wurde bereits in der Vorberatung wie folgt modifiziert:

„6. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens Jahresende für den Betrieb der Arena ein endgültiges Betriebskonzept zu entwickeln und alternativ Verhandlungen mit privaten Betreibern bzw. privaten Partnern zur Beteiligung an der Arena GmbH & Co. Objekt Ludwigsburg KG bzw. der Arena Betriebs GmbH zu führen.“

Sodann lässt er über die in den Ziffern 2, 3 und 6 modifizierte Vorl.Nr. 330/10 abstimmen.

TOP 8                      Offensive Innenstadt                      Vorl.Nr.

---

TOP 8.1                      Aktueller Sachstand Marstallcenter  
- mündlicher Bericht                      Vorl.Nr.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung) informiert über den aktuellen Sachstand beim Marstallcenter. Er geht in seinen Ausführungen kurz auf die Fragebogenaktion ein und berichtet, dass zur Zeit die Gespräche und Verhandlungen von Pirelli mit den einzelnen Ladenbesitzern laufen.

TOP 8.2                      Aktuelle Ergebnisse der Kundenbefragungen  
Innenstadt                      Vorl.Nr.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung) stellt kurz erste ausgewählte Ergebnisse aus einer Kundenbefragung der GMA dar. Er kündigt an, nach der Sommerpause werden die Ergebnisse der Kundenbefragung ausführlich im Gemeinderat vorgestellt.

TOP 8.3                      Weiterentwicklung Innenstadt, Untere Stadt                      Vorl.Nr.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) gibt einen kurzen mündlichen Bericht zur möglichen Weiterentwicklung der Innenstadt und zur Unteren Stadt ab.  
Zu Beginn seiner Ausführungen stellt er zunächst die künftige Einzelhandelssituation in Stuttgart dar und weist darauf hin, dass sich die regionale Wettbewerbssituation verschärfen werde. Er führt ergänzend aus, in Stuttgart wurden bewusst Synergieeffekte zwischen Kultur und Kommerz gesucht. Für Ludwigsburg bedeute dies, dass die Innenstadt noch attraktiver werden müsse. Anhand von Plänen zeigt er die Funktionsachsen in Ludwigsburg auf und die mögliche Verzahnung von Kulturachse mit der kommerziellen Achse. In seinen Ausführungen wirft er die Frage auf, was diese Stadt ausmache. Als Antwort führt er auf, identitätsstiftende Bauwerke und Nutzungen, wie bspw. der Bahnhof, das Schloss, die Kreissparkasse usw. Er stellt fest, man habe ein Netz an Attraktionen. Der Schlüssel für eine attraktive Innenstadt seien die öffentlichen Räume. Anhand von Plänen und Bildern zeigt er Beispiele von aufgewerteten öffentlichen Räumen, die zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt führten. Dazu gehören viele einzelne kleine, aber auch große Maßnahmen. Eine bessere Aufenthaltsqualität habe man durch attraktive Platzfolgen und Fußgängerverbindungen erreicht. Beispielhaft führt er hier die Schertle-Passage an. Anhand eines Planes veranschaulicht er die Investitionen in der Innenstadt in den letzten 10 Jahren.  
Anschließend geht er auf die Situation in der Unteren Stadt ein und kündigt einen ausführlichen Bericht über die vorbereitenden Untersuchungen und die Fragebogenaktion nach der Sommerpause an.

**Abweichender Beschluss:**

1. a) Nachdem die Vorgaben aus den bisherigen Gremienbeschlüssen bezüglich der Baukosten (7,7 Mio. EUR) eingehalten werden, wird vom Gemeinderat die Vergabe folgender Bauleistungen für das Konjunkturprojekt Museum mit Kunstverein und Tourist-Info in der Eberhardstraße 1 beschlossen:

	Gewerk	Firma	Vergabesumme inkl. 19 % MwSt.
1.1	Rohbauarbeiten	Amos GmbH & Co. KG Daimlerstraße 1 74336 Brackenheim	1.940.000 EUR
1.2	Zimmer-, Dachdecker,- u. Holzbauarbeiten	Holzbau Gebr. Pappe GmbH Pergamentergasse 17 99084 Erfurt	583.000 EUR
1.3	Heizungsinstallation	KWK GmbH & Co. KG Im Brühl 76 74348 Lauffen	319.000 EUR
1.4	Lüftungsinstallation	KWK GmbH & Co. KG Im Brühl 76 74348 Lauffen	243.000 EUR
1.5	Sanitärinstallation	Schmid GmbH Marbacher Weg 76 74321 Bietigheim-Bissingen	103.000 EUR
1.6	Elektroinstallation	Schlagenhauf GmbH Ludwig-Lutz-Straße 8 73479 Ellwangen	582.000 EUR
1.7	MSR-Installation	Kieback & Peter GmbH & Co. KG Breitwiesenstraße 28 70565 Stuttgart	104.000 EUR

1. b) Der Kostendeckel von 7,7 Mio. Euro ist einzuhalten.
2. Beauftragung Museumsgestaltung  
 Die Gesamtaufwendungen für die Museumsgestaltung in Höhe von 1,29 Mio. EUR werden freigegeben. Die Finanzierung erfolgt über den städtischen Vermögenshaushalt (HHST. 2.3210.9351.000-0102 / 2.3210.9352.000-0102).  
 Das Büro HG Merz GmbH, Ostendstraße 110, 70188 Stuttgart, wird mit der Museumsgestaltung mit einer Honorarsumme in Höhe von 226.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. beauftragt.
3. Von der Folgekostenberechnung in Anlage 2 wird Kenntnis genommen. Gegenüber dem Grundsatzbeschluss hat sich die Miete von ca. 231 T€ pro Jahr auf ca. 193 T€ pro Jahr verringert, da sich die Finanzierungskosten aufgrund der günstigen Kreditkonditionen reduziert haben.

---

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend:      Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
                            Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
                            Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
                            Stadtrat Seybold (Urlaub)  
                            Stadtrat Weiss (Urlaub)  
  
                            Stadtrat Noz (befangen)

**Beratungsverlauf:**

Stadtrat Noz ist gem. § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg befangen. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 118/10 und auf die Vorbereitung des Themas im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) sowie im Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL).

Im Anschluss daran geht BM **Schmid** kurz auf die Vorlage und die Vorgeschichte ein.

Stadtrat **Dr. Schwytz** verweist zu Beginn seiner Ausführungen auf die lange Geschichte des Museums und erinnert daran, dass man einen Schwerpunkt bilden wollte. Diesen habe man in Gestalt des jetzigen Gebäudes gefunden. Für die Innenstadt sei dies eine Entwicklung wie man sie wolle und die auch für die Touristik eine Rollen spielen solle. Dass man im Gegensatz zum Schloss auch die barocke Innenstadt attraktiv und herausstellen wolle. Dazu sei dieses Museum geeignet und die Konzeption sei hervorragend. Die CDU-Fraktion ist begeistert. Allerdings sei dies alles eine Frage der Kosten. Die Probleme mit den Kosten wolle man nicht verschweigen. Er weist darauf hin, dass die Kostendeckelung auf 7,7 Mio. Euro im Beschluss enthalten sei. Dies sei wichtig. Trotzdem bleiben die Probleme. In diesem Zusammenhang spricht er das Thema der Zuschüsse an und stellt fest, dass man bei derartigen Objekten wissen wolle, ob die Zuschüsse beantragt und genehmigt sind oder nur beantragt sind, damit man dies besser bewerten könne. Im Vertrauen darauf akzeptiere man hier die Aussage, dass der Zuschuss gesichert sei, außerdem seien die Kosten gedeckelt. Er sei der Meinung, wenn man die Maßnahme verschieben würde, dann werde das Projekt teurer.

Weiter erklärt er, man habe den Mut das Projekt durchzuziehen. Zumal habe man bereits den „Point of no Return“ erreicht, denn man habe bereits annähernd 2 Mio. Euro mit Vorbereitung, Architektenleistungen usw. investiert und diese wären dann verloren. Auch bzgl. den Zuschüssen hätte man Probleme, wenn man nicht beginne. Die CDU-Fraktion spreche sich für das Projekt aus.

Stadtrat **Juranek** stellt fest, er könne sich den Aussagen seines Vorredners anschließen. In seinen

---

weiteren Ausführungen geht er auf die Vorgeschichte, insbesondere auf die Entscheidung und Beratungen für die große Lösung, die Entscheidung über die Nutzungen, auf die Durchführung eines Wettbewerbs ein, auf die Planung des 1. Preises aus dem Wettbewerb, sowie auf die Entwicklung der Kosten ein. Er stellt fest, es wurden eigentlich alle Entscheidungen getroffen. Im Nachhinein müsse er sagen, dass die getroffenen Entscheidungen richtig und gut waren. Man habe ein hervorragendes Ergebnis. Er persönlich ziehe ein optimistisches Fazit. Die Mischung stimme, die Tourist-Information ziehe das Publikum in das Haus, der Kunstverein und das städtische Museum werden davon profitieren.

Der Standort ist ideal, zentral in der Innenstadt, gut auffindbar, allerdings mit dem kleinen Manko, dass man keinen direkten Eingang von der Wilhelmstraße habe. Dieses Gebäude könnte eine Brücke sein zwischen Blühendem Barock und Innenstadt.

Weiter stellt er fest, die Planung sei aus seiner Sicht genial. Man habe gut nutzbare, attraktive Räume, eine großzügige nutzbare Freifläche und man bekomme ein sehenswertes, städtebauliches und architektonisches Ensemble. Das ganze Paket stimme. Richtig sei, dass der Preis hoch ist, aber aus seiner Sicht sei er nicht zu hoch. Man leiste sich keinen Luxus, sondern dies sei eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft dieser Stadt. Das Museum habe eine vernünftige Größe und sei aus seiner Sicht ein Meilenstein in der Stadtentwicklung. Die SPD-Fraktion stimme mehrheitlich diesem Projekt zu.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert in seinen Ausführungen an die Diskussionen über den Neubau und die Nutzung des Untergeschosses. Er stellt weiter fest, trotz alledem sei man nicht der Meinung, dass es ein falsches Objekt zum falschen Zeitpunkt ist, sondern nur in der falschen Größenordnung. Seine Fraktion sei der Meinung, dass es möglicherweise eine Nummer zu groß sei, auch von den Folgekosten. Man sei sich sicher, dass es auch kleiner gereicht hätte. Mit den „knirschenden“ Baukosten, die man einfach „ins Korsett“ gezwängt habe, habe man ein großes Problem. Der Gemeinderat könne davon ausgehen, wenn dieses Bauvorhaben begonnen wurde, dann könne man es nicht als Ruine stehen lassen. D.h. unter dem Strich werde man feststellen, was das Ganze gekostet haben wird.

Weiter merkt er an, dass ihm auch die Folgekosten nicht angemessen berechnet erscheinen.

Wenn die Folgekosten des bisherigen Stadtmuseums, nach Abzug der Betriebskosten, nahezu 70 % des neuen Gebäudes liegen, stimme etwas nicht. Außerdem habe man auch keine Einsparung, denn die bisherigen Räume bleiben vorhanden und kosten weiterhin, und wahrscheinlich kommen je nach Nutzung noch Umbaukosten hinzu.

Es tue der FW-Fraktion zwar leid, da man gegen die Einrichtung des Stadtmuseums und der Unterbringung des Stadtmuseums nichts habe, man werde aber trotzdem der großen Lösung nicht zustimmen können, da man sie für nicht angemessen halte.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt, die mehrheitliche Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur vorliegenden Vorlage. Ihre Fraktion sei davon überzeugt, dass es ein richtiges Projekt sei, das der Stadt und ihren Bürgern gerecht werde und sie weist darauf hin, dass es ein enormes Bildungspotential auch für die nächsten Generationen in sich berge. Es werde Strahlkraft über die Stadt hinaus entwickeln, da es Vergangenheit und Gegenwart in vorbildlicher Weise verbindet. Sie verweist auf die Beratung im WKV bei der die sachlichen Argumente ausgetauscht wurden. Weiter stellt sie fest, im Hinblick auf Verlässlichkeit gegenüber den Grundstücksbesitzern, Kunstverein und städtischem Museum, den bereits getätigten finanziellen Vorleistungen, der Gefahr weiterer Baukostenerhöhungen durch Verzögerung, sowie den Wegfall von enormen Zuschüssen auch durch die Sponsoren, sollte das Projekt heute endgültig gestartet werden.

Stadtrat **Dr. Heer** geht in seinen Ausführungen auf die Entscheidung für das Projekt und die damals stattgefundenen Kostendiskussionen ein. Er erklärt, er persönlich habe sich für die große

**TOP 9**      **Offensive Innenstadt - Sanierung und Erweiterung Eberhardstraße 1 für das Städtische Museum, den Kunstverein und die Tourist-Information**  
**1. Baubeschluss, 2. Vergaben, 3. Beauftragung Museumsge-  
stalter, 4. Kenntnisnahme Folgekosten**

**Vorl.Nr. 188/10**

---

Lösung entschieden und er begründet seine damalige Entscheidung kurz. Weiter stellt er fest, nun seien 4 Jahre vergangen. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass man nun nicht mehr abspringen sollte. Man denke auch, dass dies ein Highlight für Ludwigsburg und ein Anziehungspunkt werden könnte, und dass sich um das städtische Museum herum auch eine Konzeption für Bildende Kunst entwickeln könnte. Deshalb stimme man weiterhin zu. Außerdem müsse es auch eine gewisse Verlässlichkeit in der Verfolgung von kommunalpolitischen Zielen geben.

Im Rahmen der Aussprache geht Stadträtin **Burkhardt** zunächst auf den Grundsatzbeschluss im Jahr 2006 und die Entwicklung des Projekts, sowie auf die Entwicklung und die Steigerung der Kosten ein. In diesem Zusammenhang spricht sie die Finanzlage der Stadt und die Entwicklung der Finanzlage von 2006 bis heute an. Dabei stellt sie fest, dass Sparmaßnahmen nach Auffassung der Fraktion LUBU/Die Linke nicht nur bei den Aufzügen am Bahnhof, bei den Kinderbetreuungseinrichtungen in den Stadtteilen oder in der Schulsozialarbeit notwendig seien. Wirkungsvoller, da kostenträchtiger, seien Verschiebungen von Baumaßnahmen. Sie stellt dabei fest und erklärt, dass die Fraktion LUBU/Die Linke nach wie vor zum Grundsatzbeschluss für das Museum stehe, aber nicht zu einem Baubeginn im Jahr 2010.

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen geht sie auf den von BM Schmid erweckten Eindruck, dass die öffentlichen Zuschussmittel auch wirklich fließen, ein. Dazu stellt sie fest, dass auch das Land seine Zuschüsse kürzt und sie verweist beispielhaft auf Seite 16 des Nachtragshaushalts. Weiter weist sie darauf hin, dass in das Konjunkturprogramm II 2009 auf Beschluss des Gemeinderats statt des Museums das Scala aufgenommen wurde.

Im Sachzusammenhang stellt sie den aus TOP 9.1 ersichtlichen Antrag, Vorl.Nr. 339/10 und führt dazu aus, man wolle den Baubeginn des Museums verschieben, bis die Kosten und vor allem die Zuschussbewilligungen schriftlich vorliegen. Dies sei im Moment nicht der Fall. Sie bittet um Abstimmung dieses Antrags und merkt an, bei Ablehnung stimme die Fraktion LUBU/Die Linke der Vorl.Nr. 188/10 nicht zu. Aber unter der klaren Voraussetzung, dass man das Museum eines Tages verwirklicht sehen möchte, jedoch nicht in der momentanen finanziellen Lage.

Stadtrat **Dr. Bohn** gibt zu Bedenken, die Sache lasse sich nicht mehr aufhalten. Dies wolle auch die gesamte SPD-Fraktion nicht. Aber es müsse erlaubt sein weiterhin die Kosten zu hinterfragen. Er geht auf die Folgekosten ein und verliest die von der Verwaltung aufgestellten Zahlen, zusätzliche Kosten 250.000,-- Euro, großzügiger Weise habe die Verwaltung 176.000,-- Euro Gebäudekosten abgezogen. Aber das Gebäude Kulturzentrum stehe, diese bleiben erhalten. Also werde die Stadtkasse um 420.000,-- Euro zusätzliche Kosten belastet. Dazu kommen die Kosten des heutigen Museumsbetriebs, Personal- und Sachkosten. D.h. das Museum werde rund 600.000,-- Euro im Jahr kosten. Dies müsse man wissen, wenn man heute abstimme. Diese 600.000,-- Euro lassen sich leider nicht beeinflussen. In einer realistischen Einschätzung habe die Verwaltung dargelegt, dass ein Eintritt keinen Sinn mache. D.h. es werden keine neuen Einnahmen requiriert, im Gegensatz zur Arena. Er betont und ist der Meinung, dass sich das Projekt aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr aufhalten lasse. Es werde sicher sehr gut, aber man müsse sich im Klaren sein, dass es nicht billig werde.

OBM **Spec** antwortet auf die Frage nach den Zuschüssen, dass die 2,5 Mio. Euro bereits bewilligt seien. In seinen weiteren Ausführungen erläutert er kurz die Förder- und Zuschusspraxis des Landes.

Anschließend stellt er zunächst über den Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke, Vorl.Nr. 339/10 zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abge-

TOP 9	<b>Offensive Innenstadt - Sanierung und Erweiterung Eberhardstraße 1 für das Städtische Museum, den Kunstverein und die Tourist-Information</b> <b>1. Baubeschluss, 2. Vergaben, 3. Beauftragung Museumsgealter, 4. Kenntnisnahme Folgekosten</b>	Vorl.Nr. 188/10
-------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

lehnt.

Danach weist er zum Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 188/10 darauf hin, in der Vorberatung wurde aus Ziffer 1 die Ziffer 1 a). Es wurde zusätzlich die Ziffer 1 b) mit dem Wortlaut „Der Kostendeckel von 7,7 Mio. Euro ist einzuhalten“ angefügt.  
 Sodann lässt er über den aus der Vorberatung modifizierten Empfehlungsbeschluss zur Vorl.Nr. 188/10 abstimmen.

TOP 9.1	<b>Umbau des städtischen Museums verschieben</b> <b>- Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke vom</b> <b>08.07.2010</b>	Vorl.Nr. 339/10
---------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

**Beschluss:**

Der Baubeginn des Umbaus des städtischen Museums Ludwigsburg wird verschoben, bis die Ergebnisse der Neuausschreibung der Baumaßnahmen und die Höhe der Zuschüsse schriftlich vorliegen und die Talsohle des Einnahmenrückgangs im städtischen Haushalt überwunden ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend:      Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
                             Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
                             Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
                             Stadtrat Seybold (Urlaub)  
                             Stadtrat Weiss (Urlaub)

Stadtrat Noz (befangen)

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke, Vorl.Nr. 339/10, wird mehrheitlich abgelehnt.

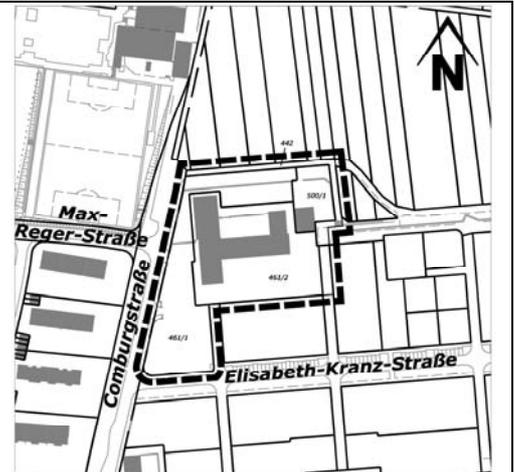
Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 9, Vorl.Nr. 188/10.

**Beschluss:**

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans „Casino Hartenecker Höhe“ Nr. 092/04 und der örtlichen Bauvorschriften wird entsprechend dem Antrag des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) vom 24.06.2010 beschlossen.

Der künftige Geltungsbereich umfasst nach dem derzeitigen Stand der Planung im Wesentlichen die Flurstück-Nummern 461/1, 461/2 und 500/1 sowie Teilflächen der Flurstücke 442 und 500/2.

Maßgebend ist das Planungskonzept (Bebauungsplan) des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 24.06.2010, in dem die Grenzen des künftigen Geltungsbereiches eingetragen sind, sowie die Begründung zum Planungskonzept vom 24.06.2010.



2. Aufgrund von § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit mit einer einmonatigen Offenlegung des Plans und der Begründung beim Bürgerbüro Bauen und die der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend:     Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
                          Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
                          Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
                          Stadtrat Seybold (Urlaub)  
                          Stadtrat Weiss (Urlaub)

**Beratungsverlauf:**

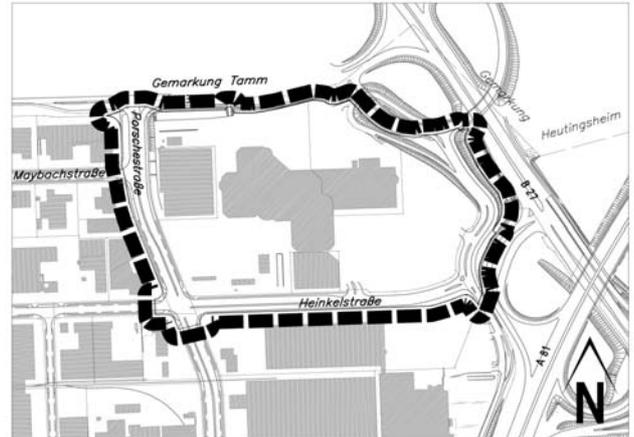
OBM **Spec** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 307/10 und stellt diese zur Abstimmung.

Eine Aussprache erfolgt nicht.

### Abweichender Beschluss:

1. Für den **Bebauungsplan „Heinkelstraße Nord“ Nr. 070/10** werden entsprechend dem Antrag des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) das Planungskonzept vom 01.07.2010 sowie die Begründung zum Planungskonzept vom 01.07.2010 / 21.07.2010 beschlossen (geänderte Begründung zum Planungskonzept siehe Anlage 2 der Niederschrift).

Der künftige Geltungsbereich des Bebauungsplans wird nach dem derzeitigen Stand der Planung im Wesentlichen begrenzt durch die L 1133, die Flurstücke Nr. 7786/1 und 7736, die Heinkelstraße und die Porschestraße.



Maßgebend ist der Lageplan des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 01.07.2010, in dem die Grenzen des künftigen Geltungsbereiches eingetragen sind.

2. Aufgrund von § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit mit einer einmonatigen Offenlegung des Plans und der Begründung beim Bürgerbüro Bauen und die der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend:     Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
                          Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
                          Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
                          Stadtrat Seybold (Urlaub)  
                          Stadtrat Weiss (Urlaub)

### Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 313/10.

Ergänzend spricht BM **Schmid** die Diskussion im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) an. Dort wurde diskutiert, ob es notwendig sei die Leitsortimente, Mode, Sport, Lebensmittel, auf die heutige Größe plus 15% zu beschränken. Das gleiche gelte

---

für die Stellplätze. Er schlägt vor, heute den Aufstellungsbeschluss zu fassen und diese Themen in einer separaten BTU-Sitzung, unabhängig vom normalen Fortgang des Bebauungsplanverfahrens, zu erörtern und zu entscheiden, ob diese Regelungen drin bleiben oder herausgenommen werden sollen.

Stadtrat **Glasbrenner** geht auf den Vorschlag von BM Schmid ein und merkt an, wenn man die Regelungen in der Zukunft herausnehmen könne, dann könnte man diese auch bereits heute herausnehmen. Er wüsste nicht, weshalb dies heute nicht gehe. Weiter führt er aus, man habe mit entsprechender Mehrheit beschlossen, dass im Moment im Breuningerland keine Erweiterung stattfindet. Dies sei bindend und werde von der FW-Fraktion akzeptiert, auch wenn man mehrheitlich anderer Meinung war. Man habe jedoch nicht mit beschlossen, dass man das Breuningerland auch noch zusätzlich beschränke und einschränke. Deshalb sei er der Meinung, dass dies nicht einfach nur als Anhang und Begründung in einer Vorlage kommen sollte. Vielmehr sei dies ein ganz gravierendes und wichtiges Thema, das besprochen werden müsse und nicht im Nachhinein nach einer Beschlussfassung irgendwann nochmals als Änderungsbeschluss gemacht werden sollte. Die FW-Fraktion sei der Meinung, dass man dies anders handhaben sollte, es sei denn, dass die Verwaltung gewisse Gründe habe, weshalb diese Passage neu aufgenommen wurde.

Für die CDU-Fraktion erklärt Stadtrat **Rebholz**, man schließe sich dem Vorschlag von Stadtrat Glasbrenner an. Auch die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass diese beiden Einschränkungen so wesentlich sind, dass man dies als unfair gegenüber dem Breuningerland empfinde. Die Einschränkung, die man aus guten Gründen getroffen habe, dass das Breuningerland im Außenbereich nicht erweitern könne, heiße im Umkehrschluss nicht, dass man nun auch im Innenbereich reglementierend eingreifen sollte. Und man könne auch die verkehrlichen Spitzenzeiten zum Anlass nehmen die Stellplätze beschränken zu wollen. Deshalb sei auch die CDU-Fraktion der Meinung, unter dem Aspekt der Fairness, könnte man dies bereits heute so beschließen. Dies würde auch der Verwaltung weiteren Planungs- und Prüfungsaufwand ersparen.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass sie sich ähnlich wie ihre Vorredner bereits in nicht öffentlicher Sitzung im BTU geäußert habe. Man könne nicht nachvollziehen, wenn man dem Breuningerland die Flächenbegrenzung zumute, weshalb darüber hinaus noch eine Sortimentsbeschränkung bzw. –begrenzung verhindert werden sollte. Sie stellt fest, man wolle keine weitere Gängelung des Breuningerlandes. Dem Vorschlag von BM Schmid könnte man zustimmen, aber man könnte auch den Vorschlägen der Vorredner zustimmen. Auch die SPD-Fraktion möchte keine weitere Einschränkung für das Breuningerland.

Stadtrat **Haag** führt aus, er denke in der Diskussion um die Erweiterung Breuningerland war es weitgehend klar, dass die innere Beweglichkeit im Breuningerland erhalten werden solle. D.h. Breuninger sollte die Gelegenheit haben innerhalb des Bestandes zu erneuern, neu zu organisieren und das Sortiment entsprechend zu verändern. Dies war Voraussetzung in der gesamten Diskussion und deshalb war auch die FDP-Fraktion über den einschränkenden Passus überrascht. Man schließe sich der allgemeinen Meinung an und wolle auf diesen Passus jetzt zunächst beim Aufstellungsbeschluss verzichten.

Man könne dem Vorschlag der Stadtverwaltung folgen und darüber im weiteren Verfahren im BTU zu reden, erklärt Stadtrat **Gericke** für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

---

Herr Kurt habe im BTU deutlich erklärt weshalb die Einschränkungen enthalten sind und deshalb plädiere man dafür nochmals genau darüber nachzudenken und den Passus eher zu belassen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt heraus, es bleibe dem Gemeinderat unbenommen dies bereits zum heutigen Zeitpunkt zu entscheiden. Im Moment befinde man sich in der Phase des Aufstellungsbeschlusses und dabei werde rechtlich noch nichts festgezurrert. Man habe dies in der Begründung zum Bebauungsplan als Prüfauftrag formuliert, der heutige Beschluss habe dahingehend keine Bindungswirkung. Im Entwurfsbeschluss könne man darüber abschließend befinden, man könne dies aber auch heute entscheiden.

Er informiert darüber, weshalb die Verwaltung zu einer solchen Regelung gekommen ist. Man habe durch die Gutachten bereits eine Erkenntnis gewonnen. Es gebe Sortimente die bezogen auf die Innenstadt weniger problematisch sind, und es gebe die Bereiche Mode, Sport und Lebensmittel die auch die Haupt- und Leitsortimente der Innenstadt sind. Hier werde die Konkurrenzsituation besonders deutlich und daraus können sich eventuell auch Nachteile ergeben. Wenn man dieses Sondergebiet als Einkaufszentrum festsetzt, könne man von dieser Sortimentsbeschränkung Gebrauch machen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass dies ein Instrumentarium ist, das sich für diesen speziellen Fall eignet. Dem Gemeinderat stehe es jedoch frei zu sagen, dass er diese Instrument nicht anwenden möchte, dann werde die Verwaltung dies auch nicht weiter prüfen. Der andere Weg wäre, dass die Verwaltung zum Entwurfsbeschluss nochmals dezidiert die Vor- und Nachteile einer solchen Regelung und auch die konkreten Auswirkungen darlegt.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt klar, seiner Fraktion sei es wichtig, dass bereits heute dieser Beschluss gefasst werde. Denn die Stadtverwaltung habe genau umgekehrt argumentiert als sie sagte, das Breuningerland benötige im Moment keine Erweiterungsfläche. Da habe die Stadtverwaltung argumentiert, das Breuningerland könne innerlich umorganisieren und Flächen verändern. Der nun vorgeschlagene Beschluss wäre ein unfairer Akt und deshalb möchte er dies bereits jetzt anders beschließen.

Stadtrat **J. Heer** spricht beispielhaft die in der Begründung zum Planungskonzept auf Seite 6 enthaltene Beschränkung der Verkaufsfläche der Tankstelle auf den Bestand an. Wenn bereits in diesem Stand des Verfahrens Einschränkungen gemacht werden sollen, halte er in diesem Fall nicht für gegeben.

Stadtrat **Dr. Bohn** hält es für falsch, wenn die Fokussierung Innenstadt gegen Breuningerland weiter betrieben wird.

Für die Fraktion LUBU/Die Linke erklärt Stadträtin **Burkhardt**, dass man der Vorlage der Verwaltung zustimmen würde.

OBM **Spec** fasst den beantragten Änderungsvorschlag aus dem Gremium zusammen, in der Begründung zum Planungskonzept müssten auf Seite 6 von 12 die entsprechenden Formulierungen gestrichen werden. D.h. im ersten Absatz, Satz 1, müssten die Worte „und Sortimente“ gestrichen werden. In Ziffer 8.1 auf Seite 6 müsste im Absatz 2 der Satz „Einzig die Leitsortimente der Innenstadt, Mode, Sport und Lebensmittel, werden abgeleitet aus dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Ludwigsburg auf der Grundlage des derzeitigen Bestands im Breuningerland festgeschrieben, d.h. der maximale Flächenanteil dieser Sortimente darf den aktuellen Bestand voraussichtlich

---

um höchstens 15% übersteigen.“ gestrichen werden. D.h. der Antrag aus dem Gremium würde darauf abzielen, dass die genannten Begriffe bzw. Sätze aus der Begründung herausgestrichen werden.

Stadtrat **Rebholz** weist darauf hin, dass es der CDU-Fraktion um zwei Einschränkungen gehe. Zum einen um die von OBM Spec genannten Einschränkungen, zum anderen um die auf Seite 7 von 12, in Ziffer 8.5 formulierte Einschränkung bei der Verkehrserschließung. Die CDU-Fraktion wolle diese Formulierung nicht.

OBM **Spec** stellt fest, dass auf Wunsch der CDU-Fraktion insgesamt die Ziffer 8.5. gestrichen werden solle.

Herr **Kurt** wirft dazu ein und weist darauf hin, dass das Thema Verkehrserschließung nicht aus der Begründung eines Bebauungsplanes herausgenommen werden könne. Denn dann laufe man Gefahr einen Abwägungsfehler zu haben und dann werde das gesamte Verfahren fehlerhaft. Man müsse sich mit dem Thema der Verkehrserschließung auseinandersetzen. Die Aussage, in welche Richtung dies gehen solle, könne aus der Begründung herausgenommen werden. Er schlägt vor in die Begründung aufzunehmen, dass die Verkehrserschließung im weiteren Verfahren näher untersucht werden müsse.

Stadtrat **Herrmann** findet den Vorschlag von Herrn Kurt in Ordnung.

Herr **Kurt** stellt klar, aus der vorangegangenen Diskussion kam heraus, dass die Verwaltung bewusst eine Zumutung für den Unternehmer Breuningerland einbauen wollte. Dies sei nicht der Fall. Er weist darauf hin, dass Stand heute kein Bebauungsplan gefunden werde, der keine Sortimentsbeschränkung im Einzelhandel treffe. Dies sei Stand der Technik und der Planung. Man könne hier darauf verzichten, aber dies sei keine unzumutbare Härte oder eine Zumutung für den Unternehmer, sondern heutiger Stand der Technik.

Stadträtin **Liepins** merkt an, aus der Diskussion wurde klar, was die große Mehrheit des Gemeinderats möchte. Sie gehe deshalb davon aus, dass die Verwaltung im weiteren Bebauungsplanverfahren genau das aufnimmt, was die Mehrheit des Gemeinderats

Zur Anregung von Stadtrat Heer bzgl. der Tankstelle schlägt OBM **Spec** vor, diese Frage zunächst zurückzustellen, man befinde sich heute beim Aufstellungsbeschluss.

Zusammenfassen werden vom Gremium folgende Änderungen in der Begründung zum Planungskonzept vorgeschlagen:

#### **Ziffer 7 Planungsziel / Städtebauliches Konzept (Seite 6 von 12)**

Im 1. Absatz werden die Worte „...und Sortimente...“ gestrichen.

#### **Ziffer 8.1 Art der baulichen Nutzung (Seite 6 von 12)**

Im 2. Absatz wird der Satz „...Einzig die Leitsortimenter der Innenstadt, Mode, Sport und Lebensmittel, werden abgeleitet aus dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept der

---

Stadt Ludwigsburg auf der Grundlage des derzeitigen Bestands im Breuningerland festgeschrieben, d.h. der maximale Flächenanteil dieser Sortimente darf den aktuellen Bestand voraussichtlich um höchstens 15 % übersteigen.“ gestrichen.

**Ziffer 8.5 Verkehrserschließung (Seite 7 von 12) wird wie folgt formuliert:**

„Die Verkehrserschließung ist im weiteren Verfahren zu prüfen.“

OBM **Spec** lässt über die Vorschläge für die Änderung der Begründung zum Planungskonzept gemeinsam abstimmen.

Die vorgeschlagenen Abweichungen in der Begründung zum Planungskonzept werden mit 24 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Anschließend stellt er die Vorl.Nr. 313/10 auf der Grundlage der bereits beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Die geänderte Begründung zum Planungskonzept 01.07.2010/21.07.2010 liegt als Anlage 2 der Niederschrift bei und ist Bestandteil des Protokolls.

---

**Beschluss:**

1. Der Bericht der Scala Kultur gGmbH wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2010 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 284.450 € wird freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (Urlaub)  
Stadtrat Weiss (Urlaub)

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 200/10.

Fragen von Stadtrat **Dr. Vierling** insbesondere zur Anzahl der Veranstaltungen werden von Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) beantwortet.

Für die FDP-Fraktion erklärt Stadtrat **Dr. Heer** die Zustimmung zur Vorlage.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl.Nr. 200/10 abstimmen.

**Beschluss:**

Für die Oberbürgermeisterwahl 2011 werden folgende Wahltermine festgelegt:

1. Sonntag, 03. Juli 2011
2. Im Falle eines zweiten Wahlgangs: Sonntag, 17. Juli 2011

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Fuchs (beruflich verhindert)  
Stadtrat Juranek (privat verhindert)  
Stadträtin Kreiser (privat verhindert)  
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (Urlaub)  
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Oberbürgermeister Werner Spec

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** übernimmt die Sitzungsleitung. Er verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 290/10 und lässt darüber abstimmen.

Eine Aussprache erfolgt nicht.